



## NIEDERSCHRIFT

<b>Sitzung:</b>	Stadtrat IV/4
<b>Sitzungstag:</b>	Dienstag, den 27.01.2015
<b>Sitzungsort:</b>	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	20:30 Uhr

### Anlagen (zu TOP 1.5.1)

– jeweils Stand nach den Ratsbeschlüssen vom 27.01.2015

Anlage 1: Veränderungsnachweis

Anlage 2: Investitionsübersicht 2015 – 2019

Anlage 3: Gesamtergebnisplan 2015

Anlage 4: HSK-Planung 2015 – 2025

### TAGESORDNUNG

#### **1. Öffentliche Sitzung**

##### **1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse  
Vorlage: M/2015/512

##### **1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW**

1.2.1. Verzicht auf die Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer B; gleichlautende Eingaben mehrerer Absender

**1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**  
- entfällt -

##### **1.4. Beschlüsse**

1.4.1. Besetzung von Gremien: Gesellschafterversammlung der BEW  
Vorlage: V/2015/267

1.4.2. Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015  
Vorlage: V/2015/268

## **1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**

1.5.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2015/263/1

1.5.2. Hebesatzsatzung 2015 und Erhöhung der Grundsteuer B

Vorlage: V/2015/264

1.5.3. Einrichtung des gebundenen Ganztages am städtischen Engelbert-von-Berg-Gymnasium zum Schuljahr 2016/2017

Vorlage: V/2014/233/1

**1.6. Anfragen** - keine -

**1.7. Anträge** - keine -

**1.8. Mitteilungen**

**1.8.1. Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2014**

Vorlage: M/2015/513

## **2. Nichtöffentliche Sitzung**

**2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**2.2. Anerkennung der Tagesordnung**

**2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**  
- entfällt -

**2.4. Beschlüsse**

2.4.1. Neuanschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF-20 KatS; Auftragsvergabe  
Vorlage: V/2015/265

**2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen** - entfällt -

**2.6. Anfragen** - keine -

**2.7. Anträge** - keine -

**2.8. Mitteilungen** - entfällt -



Schröder, Bärbel	SPD
Stefer, Michael	CDU
Surborg, Joachim	CDU

**Verwaltungsvertreter/in**

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Kamphuis, Leslie	intern	StAR
Klewinghaus, Dieter	intern	Leiter RGM
Willms, Herbert	intern	StOAR

**Schriftführer**

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

**Es fehlten:**

Grolewski, Joachim	UWG
Wurth, Ralf	SPD

# **1 Öffentliche Sitzung**

## **1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

### **1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt.

### **1.1.2 Einwohnerfragestunde**

Bürgermeister **von Rekowski** beantwortet mündliche Anfragen der Herren Peter Wittfeld (zum Radium-Parkplatz Dr.-Eugen-Kersting-Straße) und Gerd Kohlgrüber (zum Verkehrskonzept der Interessengemeinschaft Wipperfürth).

### **1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**

Vorlage: M/2015/512

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

## **1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW**

### **1.2.1 Verzicht auf die Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer B; gleichlautende Eingaben mehrerer Absender**

#### Hinweis:

Soweit die Beschwerden / Anregungen (im Sinne des § 24 GO NRW) darauf gerichtet waren, dass auf eine Anhebung des Realsteuerhebesatzes für die Grundsteuer B verzichtet werden soll, werden sie als Einwendungen im Sinne des § 80 Abs. 3 GO NRW als Teil der Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf unter dem TOP 1.5.1 beraten und entschieden; siehe dort Ziffer 1 des Beschlusses.

## **1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**

- entfällt -

## 1.4 **Beschlüsse**

### 1.4.1 **Besetzung von Gremien: Gesellschafterversammlung der BEW**

Vorlage: V/2015/267

#### **Beschluss:**

Der Rat entsendet Herrn Herbert Willms für den Fall der Verhinderung von Herrn Beigeordneten Frank Trompetter als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der BEW Bergische Energie- und Wasser-GmbH.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\*\*\*\*\*

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, dass Herr Willms im Falle der Verhinderung des Beigeordneten Frank Trompetter auch zu den Sitzungen des Aufsichtsrates der BEW eingeladen werden sollte, hier wie üblicherweise der Stadtkämmerer allerdings lediglich als Gast. Dieser Vorschlag wird durch den Stadtrat einhellig begrüßt.

### 1.4.2 **Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015**

Vorlage: V/2015/268

#### **Beschluss:**

Die in der Anlage \*) einzeln aufgeführten Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von insgesamt 5.649.330 €, davon 480.678 € im Ergebnisplan und 5.168.652 € im Finanzplan, werden gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis genommen und beschlossen.

\*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage innerhalb des II. Nachtrags zur Einladung

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\*\*\*\*\*

Die Vorlage war als (aktualisierte) Tischvorlage innerhalb des II. Nachtrags zur Einladung zum Austausch gegen die ursprüngliche Beschlussvorlage verteilt worden.

## 1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

### 1.5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2015/263/1

#### **Beschluss:**

- 1.) Die innerhalb der Offenlage des Haushaltsentwurfes nach § 80 Absatz 3 und § 24 Gemeindeordnung eingereichten Einwendungen / Beschwerden aus der Bürgerschaft (Anlagen 1a – 1f zur Beschlussvorlage) gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2015 werden zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

- 2.) Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen bzw. eines fraktionslosen Ratsmitglieds / FDP) zum Haushaltsentwurf 2013 (Anlagen 4a - 4e zur Beschlussvorlage) wird wie folgt beschlossen:

a) auf Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion

Die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Hansestadt Wipperfürth vom 12.12.2003 wird außer Kraft gesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen

b) auf Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion

Die Investitionsmaßnahmen der Stadtentwässerung werden zugunsten des Bauausschuss gesperrt. Hiervon ausgeschlossen ist die Haushaltsposition 5100243 „Kanalbaumaßnahmen InHK“. Dem Bauausschuss am 26.02.2015 ist für die Freigabe die gesetzliche Notwendigkeit, die Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahme und Inhalt der angemeldeten Summen nachzuweisen. Ebenso ist aufzuzeigen ob und welche Maßnahmen zeitlich verschoben werden können. Die Investitionen sind in Zukunft auf das gesetzliche Mindestmaß herunterzufahren.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

c) auf Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion

Die drei Mitarbeiter der Stadtentwässerungskolonne werden in den gemeinsamen Bauhof der Städte Wipperfürth und Hückeswagen integriert und dem zuständigen Bauhofleiter unterstellt. Der Bauausschuss ist zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

d) auf Antrag Nr. 4 der CDU-Fraktion

Die Haushaltspositionen 5000046 „Ersatz für Toyota Wegemeister“ und die Position 5100225 „Kanalwagen Hückeswagen“ werden für den Haushalt 2015 gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

e) auf Antrag Nr. 5 der CDU-Fraktion

Dem Bauausschuss am 26.02.2015 ist eine Vergleichsrechnung zur Reinigung der Sinkkästen im Stadtgebiet vorzulegen. Hierbei ist eine externe Vergabe mit einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

f) auf Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion

Dem Bauausschuss ist bis zur Sitzung am 21.05.2015 eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Straßenbegleitgrün vorzulegen. Hierbei ist eine externe Vergabe einzubeziehen. Sollte eine externe Vergabe in Frage kommen, so ist das Benehmen mit der Stadt Hückeswagen herzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

g) auf Antrag Nr. 7 der CDU-Fraktion

Dem Bauausschuss werden bis zur Sommerpause die diesjährigen Planungen für die Forstwirtschaftswege vorgestellt. Hierbei sind auch Möglichkeiten der Förderung aufzuzeigen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

h) auf Antrag Nr. 1 der SPD-Fraktion

Die für den Bereich 1.12 Straßen, Wege, Brücken geplanten Investitionen, insbesondere im Bereich Brücken, sind vor Beauftragung in der Bauausschusssitzung am 26.02.2015 zu erläutern hinsichtlich ihrer zeitlichen, rechtlichen (Verkehrssicherungspflicht) und infrastrukturellen (z.B. einzige Zuwegung zu einem Betrieb Siedlung etc.) Notwendigkeit der Umsetzung in 2015.

In diesem Zusammenhang ist ebenso darzustellen, ob hier bei der Veranschlagung ein unterer, mittlerer oder hoher Standard der Bauausführung zu Grunde gelegt wurde.

Ebenso ist darzulegen in welchem Volumen eine Umsetzung der veranschlagten Maßnahmen in 2015 realistisch ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

i) auf Antrag Nr. 9 der CDU-Fraktion

Die Haushaltsposition 5100154 „Renovierung Kunststofflaufbahn Stadion“ wird für den Haushalt 2015 gestrichen. Zukünftig wird für die Renovierung eine Summe von 50 % der Herstellungskosten oder max. 200.000,00 Euro angesetzt. Die restlichen Summen sind in Anlehnung der Herrichtung der Kunstrasenplätze von den beteiligten Vereinen zu tragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig bei 10 Stimmenthaltungen

j) auf Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion

Für die Zuschüsse und Zahlungen der Stadt Wipperfürth für die Alte Drahtzieherei wird die Verwaltung einen aktuellen Plan der Nutzungseinheiten durch die Stadt bis Juni 2015 ebenso dem Haupt- und Finanzausschuss vorlegen wie einen Nachweis der Stundenverrechnungseinheiten. II-157

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

k) auf Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion

Bis zur Sommerpause ist durch die Verwaltung zu prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss darzulegen, ob es weitere Möglichkeiten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit (interkommunalen Zusammenarbeit) geben kann – zum Beispiel im Bereich des Jugendamtes).

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

l) auf Antrag Nr. 6 der SPD-Fraktion

Dem Ausschuss für Sport Freizeit und Kultur wird in seiner nächsten Sitzung zur Situation – Außenbereich – Pilz – ein Konzept der Verwaltung vorgelegt, um einen Mindeststandard herzustellen, der eine Nutzung des Außenbereichs des Walter-Leo-Schmitz-Bades in den Sonnenzeiten sicherstellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

m) auf Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Befragung der Eltern, deren Kinder in Grundschulen sind (bis Klasse 3) und Kinder, die in 2015 eingeschult werden, hinsichtlich ihres Bedarfs an Formen der Übermittagsbetreuung, insbesondere OGS, zeitlich so durchzuführen, dass das Ergebnis in die Beratung zukünftiger möglicher Verbundlösungen einfließen kann.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

n) auf Antrag Nr. 8 der SPD-Fraktion

Die Rücknahme der Geschwisterkinderermäßigung bei beitragsfreiem Kindergartenjahr - 1.06.01.01.02 - Sachkonto 432100 - wird in 2015 nicht vollzogen II-151. Im Fachausschuss wird bis zur Jahresmitte das Thema Elternbeiträge unter Berücksichtigung von Tarifen in benachbarten Jugendamtsbereichen behandelt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

o) auf Antrag Nr. 9 der SPD-Fraktion

Die Umsetzung der Maßnahme Reduzierung Betriebskostenzuschüsse an Kita- Träger II-157 wird unter Ausschussvorbehalt gestellt. Die Verwaltung erläutert im Fachausschuss die Handhabung in benachbarten Jugendamtsbereichen Radevormwald, Wiehl, Gummersbach, OBK.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

p) auf Antrag Nr. 10 der SPD-Fraktion

Die Umsetzung der Maßnahme Änderung Richtlinien Familienpass 1.06.03.02 – Sachkonto 533400 wird unter Ausschussvorbehalt (Haupt- und Finanzausschuss nach Vorberatung im Fachausschuss) gestellt. Die Verwaltung ist beauftragt, zunächst ihr Konzept vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

q) auf Antrag Nr. 5 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in wie weit eine Nutzung von Spielgeräten der zu schließenden Schulen für die Ertüchtigung des Spielplatzes Düsterohl (Projekt 5000028) genutzt werden kann. Das Ergebnis wird im Bauausschuss vorgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

r) auf Antrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Weiterentwicklung Controlling: Einführung eines regelmäßigen (quartalsweise) Berichtswesens zur Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss bzw. im Rat - Bewusst keine Vorgabe eines Termins, da abhängig von den personellen Ressourcen. Einführung so bald wie möglich. Festlegung der Struktur in Absprache mit dem Rat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

s) auf Antrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Information für die Bürgerinnen und Bürger: Öffentliche Informationsveranstaltung zur Haushaltssituation der Stadt Wipperfürth, der föderalen finanziellen Verflechtungen und zur Verwendung der zusätzlich eingenommenen Grundsteuer. Auch hier möglichst zeitnah, jedoch unter Berücksichtigung der aktuellen personellen Situation in der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 6 Gegenstimme

t) auf Antrag des fraktionslosen Rats Herrn Josef W. Schnepfer (FDP)

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratssitzung zu prüfen, wie in Zukunft eine gezielte und effiziente Fördermittel-Akquisition erfolgen kann, ohne das Personalbudget weiter zu belasten. Interkommunale Lösungen sind einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

- 3.) Den vom Unterausschuss Personal am 20. Januar 2015 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2015 gegenüber dem eingebrachten Entwurf (**Anlage 1 zur Vorlage**) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

- 4.) Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 16. Dezember 2014 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2015 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen (insbesondere Haushaltssicherungskonzept 2015 - 2025) wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. bis 3., einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans lt. beiliegendem Veränderungsnachweis beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

\*\*\*\*\*

Nach einer Erläuterung zur Offenlage des Entwurfs der Haushaltssatzung und zum Verfahren bezüglich der hierzu eingegangenen Einwendungen und Beschwerden durch StOAR **Willms** halten die Fraktionsvorsitzenden bzw. Rats Herr Josef **Schnepfer** / FDP die als Anlagen beigefügten Haushaltsreden, wobei jeweils das gesprochene Wort gilt.

Anschließend lässt Bürgermeister **von Rekowski** über die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf abstimmen.

Abweichend von ihrem ursprünglichen Wortlaut wurden, jeweils mit Zustimmung der beantragenden Fraktion, folgende Anträge zur Abstimmung gestellt:

Antrag Nr.	Grund / Änderung / Ergänzung	Zu Beschluss Nr.
3 CDU	Ergänzt wurde: „Der Bauausschuss ist zu informieren.“	2 c
1 SPD	Ergänzt wurde das Datum der Bauausschusssitzung „am 26.02.2015“.	2 h
FDP	Hier wurde nur Satz 1 des Antrags beschlossen, ergänzt um den Zusatz, dass interkommunale Lösungen einzubeziehen sind.	2 t

Nicht abgestimmt wird im Rahmen des Abstimmungsverfahren zu den Anträgen der Ratsfraktionen (Ziffer 2 des Beschlusses) über folgende Anträge:

Antrag Nr.	siehe Anlage Nr. zur Vorlage	Grund	Zu Beschluss Nr.
2 SPD	4 b	CDU-Antrag weiter gehend	2 a
3 UWG	4 c	CDU-Antrag weiter gehend	2 a
4 UWG	4 c	CDU-Antrag weiter gehend	2 c
8 CDU	4 a	SPD-Antrag weiter gehend	2 h
3 SPD	4 b	CDU-Antrag war nach Verwaltungsmeinung weiter gehend; SPD-Antrag wurde vor der Abstimmung zurückgezogen unter Hinweis auf die nächsten Haushaltsberatungen	2 i
6 UWG	4 c	CDU-Antrag weiter gehend; UWG-Antrag wurde vor der Abstimmung darüber zurückgezogen nach der Zusage der Verwaltung, alle Zuschussmöglichkeiten einschließlich derer zu prüfen, die sich auf eine mögliche Anerkennung als Landesleistungsstützpunkt beziehen	2 i
1 GRÜNE	4 d	CDU-Antrag weiter gehend	2 i

Die folgenden Anträge wurden abgelehnt:

Nr.	siehe Anlage Nr. zur Vorlage	Abstimmungsergebnis:
1 UWG	4 c	mehrheitlich bei 3 Stimmen für den Antrag
2 UWG	4 c	mehrheitlich bei 3 Stimmen für den Antrag
3 GRÜNE	4 d	mehrheitlich bei 2 Stimmen für den Antrag

Folgende Anträge wurden durch die Fraktionen zurückgezogen:

Nr.	siehe Anlage Nr. zur Vorlage	Grund
2 GRÜNE	4 d	Fehlende Möglichkeit, die eingebrachten Konsolidierungsvorschläge exakt monetär zu bewerten
6 GRÜNE	4 d	Erläuterung der zur Verfügung stehenden Mittel

### Hinweis zu Ziffer 4 des Beschlusentwurfs

Vor der Abstimmung zu Ziffer 4 wird Einvernehmen darüber erzielt, dass in Bezug auf den Antrag der Bürgerstiftung „Wir Wipperfürther“ (Anlagen 3a und 3b zur Beschlussvorlage) bzw. auf Zeile 27 des Veränderungsnachweises (Anlage 3 der Beschlussvorlage) für die Anschubfinanzierung einer Halbtagsstelle beim Kunstbahnhof die Summe von 7.500,-- € als einmaliger Zuschuss über eine gesonderte Position im Haushalt veranschlagt wird. Ob und inwieweit eine Refinanzierung aus der nächsten Spende der Kreissparkasse erfolgt, wird zu gegebener Zeit geprüft.

## **Anlagen:**

Anlage 1: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Scherkenbach (CDU)

Anlage 2: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Frank Mederlet (SPD)

Anlage 3: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Harald Koppelberg (UWG)

Anlage 4: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Schmitz (B.90/Die Grünen)

Anlage 5: Haushaltsrede Ratsherrn Josef Schnepfer (FDP)

## **Anlage 1**

<p style="text-align: center;"><b>Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Friedhelm Scherkenbach</b></p>
--

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung

die diesjährige Rede zum Haushalt 2015 möchte ich beginnen mit einem Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und an Sie, liebe Ratskolleginnen und Kollegen für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ein ganz besonderer Gruß an dieser Stelle gilt unserem ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Frank Trompeter. Wir wünschen ihm eine baldige Genesung und würden uns freuen, wenn er bald wieder dabei sein kann.

Nach Einbringung des Haushaltes in der Ratssitzung am 16.12.2014 wurde allen sehr schnell deutlich das die Beratungen nicht einfach werden. In fast allen Kommunen, so auch bei uns, wurden seitens der zuständigen Kommunalaufsicht Erhöhungen der Grundsteuer B gefordert und, um die Haushaltsausgleiche realisieren zu können, wurden diese Erhöhungen auch durch die Bürgermeister in nahezu allen Städten und Gemeinden in die Haushalte eingebracht. Die öffentliche Diskussion ist daher in vollem Gange. Die Anregungen von Bürgerinnen und Bürger, die in der heutigen Tagesordnung zu lesen sind, die Diskussion in der Presse sowie auch im Internet ist beispielhaft dafür. Ebenso der offene Brief des Bundes der Steuerzahler, der die Politik auffordert: "Stattdessen sollten die politischen Verantwortlichen nach Einsparpotenzialen suchen und bei der Etatsanierung auf der Ausgabenseite ansetzen."

Eine Forderung, die natürlich sehr öffentlichkeitswirksam ist, aber ob diese auch so umsetzbar ist, stelle ich zunächst mal in Frage. Warum tue ich das?

Jedem dürfte bekannt sein, dass unsere Stadt aufgefordert ist, den Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2020 in der Planung darzustellen. Hierbei gingen wir im letzten Jahr davon aus, dass uns dieses im Jahre 2017 gelingen wird. Nur daraufhin bekamen wir im vergangenen Jahr die Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht. Nach dem Einbruch der Einnahmen in der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr ist dieser Haushaltsausgleich leider im Jahre 2017 nicht mehr darstellbar und erst im Jahre 2019/ 2020 zu erzielen.

Um aber weiter als Stadt handlungsfähig sein zu können, benötigen wir in jedem Jahr die Genehmigung des Haushaltes, damit es uns nicht geht wie umliegenden Kommunen, die heute keinen Bleistift mehr ohne die Zustimmung der Kommunalaufsicht kaufen dürfen.

Alle diese Kommunen, und nun auch wir, wurden seitens der Kommunalaufsicht aufgefordert, ihre Einnahmenseite durch die Erhöhung der Grundsteuer B zu verbessern. Die Forderung seitens der Kommunalaufsicht an uns beträgt sogar 580 % Punkte in diesem Jahre anzusetzen, gegenüber unserem Haushaltsansatz von 550 % Punkten.

Die nun immer wieder gestellte Forderung die Ausgabenseite durch Einsparungen zu verbessern, nehmen wir als CDU Fraktion sehr ernst, ist aber auch leichter gesagt als getan.

Die Anforderungen seitens der Bürgerinnen und Bürger an die Politik werden umfangreicher und vor allem anspruchsvoller. Alleine die Diskussionen um die Kunstrasenplätze in den vergangenen Jahren zeigen doch, dass jeder eine Qualität auf höchstem Niveau beansprucht, allerdings keiner in diesem Moment daran denkt, dass diese Ausgaben (immerhin rund 1,3Mio.€) den Haushalt enorm beanspruchen. Natürlich sind wir nach wie vor davon überzeugt, hier das richtige getan zu haben.

Es gibt weitere Beispiele: Musikschule, Stadtbücherei, Alte Drahtzieherei alles wichtige Einrichtungen, die wir für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erhalten wollen und auch müssen, denn wir haben auch den Auftrag die Kultur in unserer Stadt zu erhalten und zu fördern, aber auch das kostet Geld.

Die CDU hat in den vergangenen Jahren immer wieder von Haushaltskonsolidierung gesprochen. Den Bürgermeister immer wieder aufgefordert, der Politik Konsolidierungsansätze aufzuzeigen, aber dieser Aufforderung wurde bisher nicht nachgekommen! Selbst die immer wiederkehrende Bitte, auch im Gebührenhaushalt Sparmaßnahmen aufzuzeigen, wird nicht mit der nötigen Intensität beachtet, geschweige denn umgesetzt!

Vielmehr wurde der Eindruck erweckt, wir können uns alles erlauben.

Aber eines muss auch allen klar sein: wenn wir an der Ausgabenschraube drehen, dann sind Events wie z. B.: Skateranlage mit rund 10.000 € , "Rund um Köln" mit einer Summe von ca. 10.000,-- Euro oder auch ein "Public Viewing" mit rund 25.000,-- € in Zukunft nicht mehr möglich.

Alleine das Public Viewing wurde der Politik im Vorfeld als kostenneutrale Veranstaltung vorgestellt, und sollte der Stadt nur geringe Kosten im Personalaufwand verursachen, da das Eventunternehmen sich mit dem Verkauf von Getränken und Speisen während der Veranstaltungen selbst finanziert. Heraus kam dann auf unsere Nachfrage, dass dieses leider nicht der Fall war und wir mit 15.000,-- € zuzüglich der Personalstunden von Ordnungs- und Jugendamt, die man mit ca. 10.000,-- € ansetzen muss, also gesamt ca. 25.000,-- € im Boot waren.

Aber selbst das Sparen wird im Nachhinein noch bestraft. Alleine die Aufwendungen, die uns seitens des Landes NRW aufgebürdet werden, sind enorm:

Der oft zitierte **Kommunalsoli** wird uns in diesem Jahr treffen: 226.451,00 Euro – eine Viertel Millionen Euro - müssen wir zahlen, um anderen Städten und Gemeinden zu helfen aus den Schulden zu kommen. Eine Maßnahme, die sich unsere rot-grüne Landesregierung hat einfallen lassen, die lächerlicher kaum sein kann. Dies ist vor dem Hintergrund unserer Haushaltssituation niemandem zu vermitteln. Hier bleibt die inzwischen laufende Klage gegen das Land vor dem Verfassungsgerichtshof abzuwarten.

Ein voller Kostenausgleich für die **Flüchtlingshilfe**, wie z.B. in Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern, steht in NRW immer noch aus. Tatsache ist, dass Wipperfürth im Haushalt 2015 = 420.000 € aus eigenen Mitteln beisteuern muss. An Ausgaben sind im Produkt Soziale Leistungen in diesem Jahr 700.000 € eingestellt, denen Einnahmen vom Land in Höhe von nur 280.000 € gegenüber stehen. Die wertvolle und wichtige Arbeit des städtischen Sozialamtes ist hierbei noch gar nicht mit erfasst. Das Land NRW bezuschusst von allen Bundesländern am geringsten, sogar die Bundesmittel werden nicht zu 100 % an die Kommunen weitergeleitet.

Alleine diese beiden Positionen belasten uns mit knapp drei Viertel Millionen Euro !!!!

Wipperfürth erhält als vermeintlich abundante Kommune seit 2013 und nach der jetzigen Haushaltsplanung auch bis 2025 keine!!! **Schlüsselzuweisungen**. Hier muss der Gemeindefinanzausgleich (GFG) in Frage gestellt werden, da er eindeutig zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen geht. Unsere Nachbargemeinde Lindlar hat im Dezember 2014 eine Resolution an den Innenminister verabschiedet, in der festgestellt wird, dass alleine durch die Festlegung des Soziallastenansatzes innerhalb des GFG und eine sich daraus ergebende massive Senkung der Kreisumlage Lindlar 4,8 Mio. € weniger an den Oberbergischen Kreis überweisen müsste. Für Wipperfürth wären es nach dieser Berechnung 5,9 Mio. €!

Eine noch nicht zu beziffernde Summe trifft uns bei der **Inklusion** in den Schulen. Die Kommunen haben die Kosten für Inklusionshelfer an den Schulen und auch die nötigen Umbaukosten zunächst einmal selber zu tragen. Keiner kann uns heute in Zahlen diese Belastung des Haushaltes nennen, aber von einer Unterstützung seitens des Landes sind wir weit entfernt. Das hat dann mit Konnexitätsprinzip nichts mehr zu tun.

Daher wird es aus unserer Sicht nicht möglich sein, in diesem Jahr die Steuererhöhungen abzulehnen, und das sage ich hier ganz deutlich, mit sehr vielen Bauchschmerzen. Denn die Steuererhöhungen betreffen uns genauso, wie jeden anderen Bürger dieser Stadt. Gehen Sie davon aus, dass wir ungern einer Steuererhöhung zustimmen und es wurde in unserer Fraktion sehr kontrovers diskutiert, ob man dem Gesamthaushalt überhaupt zustimmen kann. Aber die CDU hat immer Verantwortung für die Stadt übernommen. Ob es früher mit der absoluten Mehrheit war, als die damaligen Oppositionsfraktionen die Haushalte einfach ablehnten, oder dann auch in den letzten Jahren als stärkste Fraktion im Rat. Die Diskussion hat uns aber auch deutlich gemacht, dass wir mehr denn je auf die Kostenschraube achten müssen und das Beschlüsse, die gefasst wurden, um Kosten zu senken, auch umgesetzt werden. Denn eines hat sich die CDU zum Ziel gesetzt: der geplanten Steuererhöhung der Grundsteuer B im Jahre 2019 wollen wir entgegen wirken. Und das ist in unseren Augen aus heutiger Sicht realistisch und auch möglich. Daher sind unsere Anträge zum diesjährigen Haushalt auch auf Kosteneinsparungen/ auf Konsolidierung aus:

### **Baumschutzsatzung:**

Unser erster Antrag befasst sich mit der im Jahre 2003 gefassten Baumschutzsatzung. Die bestehende Baumschutzsatzung kann aus unserer Sicht außer Kraft gesetzt werden. Alleine der Zeitaufwand, der durch die Mitarbeiter der Fachabteilung aufgewendet wird, steht in keinem Verhältnis zu den Fallzahlen und damit verbundenen Entschädigungszahlungen. Aber nicht nur dieser finanzielle Aspekt ist ausschlaggebend für uns, diese Satzung aufzuheben. Das Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger ist mehr denn je vorhanden und wir haben keinerlei Zweifel daran, dass in Zukunft keine Bäume in Wipperfürth unsinnig oder unnötiger Weise gefällt werden. Umliegende Kommunen, wie Gummersbach, Hückeswagen, Kürten oder Lindlar haben keine Baumschutzsatzungen oder haben diese wieder aufgehoben und man kann nicht erkennen, dass das Stadtbild dadurch negativ in Erscheinung getreten ist. Einsparungen sind durch die wegfallenden Personalkosten zu erzielen, und die Mitarbeiter der Fachabteilung können sich dann den eigentlichen Arbeiten ihres Fachbereiches widmen.

## Stadtentwässerung:

In den vergangenen Jahren hat die CDU immer wieder den Bürgermeister aufgefordert Ansätze aufzuzeigen, wie in den Gebührenhaushalten Einsparungen zu erzielen sind.

Auch wenn diese Einsparungen nicht unmittelbar den städtischen Haushalt entlasten, so ist dies jedoch ein deutliches Zeichen an die Gebührenzahler, nämlich unseren Bürgerinnen und Bürgern, das die Gebühren nicht ins Unendliche steigen.

Bei der letztjährigen Verabschiedung der Gebührenhaushalte wurde dieser Antrag übrigens einstimmig beschlossen. In dieser Diskussion wurde seitens der anderen Fraktionen gefordert, dass entsprechende Vorschläge von uns eingebracht werden sollten. Ich wiederhole mich hier gerne, wenn ich sage, nicht wir, die Politik müssen diese Vorschläge einbringen, sondern die Verwaltung mit Bürgermeister von Rekowski an der Spitze, hat der Politik entsprechende Einsparpotenziale aufzuzeigen.

Die internen Arbeitsgruppen, die sich mit der Konsolidierung des Haushaltes befasst haben, zeigten bisher lediglich auf wie entsprechende Standards zurückgefahren werden können. Diese würde dann zwar Kosten reduzieren, bedeutet aber auch Qualitätsminderung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern. Aber gerade dass soll nicht passieren!!!

Die einzelnen Investitionsmaßnahmen der Stadtentwässerung werden daher von uns zugunsten des Fachausschusses gesperrt. Es muss dem Ausschuss aufgezeigt werden, welche gesetzliche Notwendigkeit die jeweilige Investition hat, welche Dringlichkeit und welchen Inhalt die jeweilige Position hat. Weiterhin soll jede Maßnahme auf ein gesetzliches Mindestmaß heruntergefahren werden. **Nur die Aussagen mit einem Verweis auf das bestehende Abwasserbeseitigungskonzept reichen uns hier nicht mehr aus!**

Wir benötigen auf jeden Fall eine vernünftige und funktionierende Kanalisierung und auch das ABK wollen und müssen wir einhalten, aber wir brauchen keine Autobahn oder evtl. sogar Formel 1 Strecke unter der Erde.

Aus dem Haushaltsentwurf wurde außerdem sehr deutlich, dass die beantragten Summen für den jeweiligen Haushalt im Abwasserbereich deutlich zu hoch angesetzt waren. Alleine aus dem Haushalt 2014 (beantragte Summe: 2,2 Mio. €) wurden bis dato 950 Tsd. € nicht verausgabt und mit in das neue Haushaltsjahr herübergenommen.

Gerade dann, wenn wir auf der einen Seite von Steuererhöhungen sprechen, darf der Gebührenhaushalt nicht als Puffer missbraucht werden. Und auch hier wiederhole ich mich gerne aus den vergangenen Jahren: **Eine Gebührenordnung darf kein Freifahrtschein zum Geld ausgeben sein.**

Unser Antrag, die 3 Mitarbeiter aus der Stadtentwässerungskolonie in den gemeinsamen Bauhof zu integrieren, ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll. Der Leiter des gemeinsamen Bauhofes hat somit die Möglichkeit, diese Mitarbeiter, je nach Bedarf auch in anderen Bereichen des Bauhofes einzusetzen. Natürlich muss die Priorität der Einsätze im Abwasserbereich sein, aber nicht immer muss jede Tätigkeit mit 3 Arbeitskräften geleistet werden. Somit werden auch Ressourcen frei, die in das tägliche Geschäft des Bauhofes eingebracht werden können.

## Sinkkästen:

Eine Vergleichsrechnung zu diesem Thema ist Inhalt unseres nächsten Antrages.

Alleine dieser eine Punkt aus der Tätigkeit der Stadtentwässerung zeigt auf, wo Potenziale zu finden sind.

Auf Nachfrage bei umliegenden Städten und Gemeinden wurde uns mitgeteilt, dass bis auf Engelskirchen, Waldbröl, Hückeswagen und Wipperfürth alle anderen Kommunen im oberbergischen Kreis diese Aufgabe an eine Fremdfirma vergeben. In der Gemeinde Morsbach kostet eine Sinkkastenreinigung brutto 1,76 €.

In Hückeswagen macht das zur Zeit noch unser Bauhof. Kosten 2014 = 14,30 € je Kasten! Unsere Kanalkolonnen (ja noch außerhalb des Bauhofpersonals) muss ca. 7.000 Sinkkästen unterhalten. Geht man hier vom gleichen Preis wie im Bauhof (14,30 €) aus, kann man theoretisch 7.000 St. X 12,54 € (14,30 – 1,85) ca. 90.000,-- € im Jahr einsparen. Wir sind der Meinung, dass dieses Argument alleine schon Grund genug dafür, ist eine solche Vergleichsrechnung anzustellen.

### **Straßenbegleitgrün:**

Im Grunde genommen kann man die Begründung zu diesem Antrag 1:1 vom Antrag der Sinkkastenreinigung übernehmen.

Derzeit haben wir Kosten von jährlich 150.000 € für Straßenbegleitgrün veranschlagt.

Ob eine externe Vergabe immer die kostengünstigere Variante ist, wissen wir nicht. Allerdings sollte und muss dies einfach einmal im Sinne von angestrebten Konsolidierungsmaßnahmen geprüft werden.

Ich möchte an dieser Stelle schon deutlich machen, dass wir einen sehr guten und gut funktionierenden Bauhof haben, den wir auch mit diesen Vergleichsrechnungen nicht in Frage stellen. Aber die Arbeiten unseres Bauhofes, gerade bei uns als Flächenkommune, sind sehr umfangreich. Es sind genügend Arbeiten zu verrichten, die aufgrund anderer, möglicherweise unrentablen Aufgaben, nicht verrichtet werden können oder einfach liegen bleiben. Generell wollen wir, dass möglichst alle Arbeiten von unserem Bauhof geleistet werden, wenn sie rentabel sind. Ebenfalls muss es Ziel des Bauhofes sein, dass Arbeiten, die zur Zeit extern vergeben wurden, in Zukunft wieder in den Bauhof zurückgeholt werden, wenn die Rentabilität nachgewiesen wird. Die zurzeit durchgeführte Berechnung zu Gärtnereiarbeiten, die durch das Rechnungsprüfungsamt getätigt werden, soll aufzeigen, ob dies z.B. im Bereich Gartenbau möglich ist.

Es sind in Zukunft sicher noch weitere Umschichtungen von Arbeiten möglich. Daher fordern wir den Bürgermeister auf, die unrentablen Arbeiten und die rentablen Arbeiten genauestens zu eruieren. Das nennen wir Einsparpotenziale aufzeigen und nicht, ob eine Hecke ein oder zweimal im Jahr geschert werden muss.

### **Sanierung Ingenieurbauwerke:**

Wie bereits im Abwasserbereich dargestellt, beinhalten auch die Sanierung der Brückenbauwerke enorme Ansätze im diesjährigen Haushalt.

Die Diskussion am Anfang der Sanierungsphase unserer Brücken ist uns noch allen präsent.

Jedoch vor dem Hintergrund von Konsolidierungsmaßnahmen muss noch mal hinterfragt werden, wie die gesetzliche Notwendigkeit, vor allem ob die uns dargestellte Dringlichkeit tatsächlich gegeben ist und vor allem in welcher Form eine Sanierung der gesetzlichen Mindestanforderung genügen würde.

Es muss in unseren Augen möglich sein, gewisse Brückensanierungen preisgünstiger durchzuführen und es muss möglich sein, dass in Anbetracht unserer Haushaltslage die ein oder andere Sanierung auch geschoben werden kann.

Einen besonderen Augenmerk möchte ich in Bezug auf die Investitionskosten nochmals auf unseren einstimmig beschlossenen Antrag zum Haushalt 2011 lenken. Wir hatten dort den Antrag gestellt, dass alle Investitionsmaßnahmen in zwei Ausführungsvarianten dem Ausschuss vorgestellt werden. Das Einzige, was bisher in Bezug auf diesen Antrag geschehen ist, war die Begründung, dass die Planungskosten möglicherweise in die Höhe gehen und auch zeitliche Probleme gesehen werden.

So geht man also mit Beschlüssen des Rates um.

Immer wieder haben wir den Bürgermeister hierauf aufmerksam gemacht und in jeder Haushaltsrede hat ihn die CDU aufgefordert, diesen Beschluss umzusetzen.

Was ist bisher geschehen: NICHTS!!!!

Natürlich werden die zeitlichen Rahmenbedingungen durch mehrere Varianten enger, und sicher kann es auch zu höheren Planungskosten kommen, dies jedoch nicht zwangsläufig. Es ist immer eine Frage, wie gehe ich mit dieser Anforderung um. Oder hat man evtl. sogar die falschen Planungsbüros beauftragt??

Hintergrund unseres Antrages war bei Investitionen herauszustellen, ob die Nachfolgekosten und Wirtschaftlichkeit auf Zukunft bei einer Alternative günstiger sein können.

Die CDU-Fraktion wird auf jeden Fall ab sofort darauf achten, dass der Beschluss umgesetzt wird, ansonsten werden wir in Zukunft Investitionsmaßnahmen, die nicht mit Alternativvarianten vorgestellt werden, nicht mehr zustimmen. Ausnahmen sind Investitionen, bei denen glaubhaft gemacht werden kann, dass es keine Alternative gibt.

Und wenn wir gerade bei den nicht umgesetzten Beschlüssen sind, da gibt es noch mehr von.

Die Wegebereisung der Friedhöfe im Jahre 2009 hat ergeben, dass die Friedhöfe in unserem Stadtgebiet sehr schön sind. Und alle waren sich einig, dass es aber auch in diesem Bereich Möglichkeiten gibt, Kosten zu sparen, ohne diese Qualität zu senken. Bisher haben wir auch zu diesem einstimmigen Beschluss aller Fraktionen nur die Mitteilung bekommen, dass maximal Standards heruntergefahren werden können: wie z.B: größere Intervalle beim Hecken- und Rasenschnitt

Es ist jedoch nie die Rede davon, dass z. B. größere Grünflächen mit sogenannten Blumenwiesen eingesät werden, die nur einmal im Jahr gemäht werden müssen und auch noch nett aussehen.

Oder aber die Belegungsreihen weisen sehr oft Lücken auf, die wieder belegt werden könnten. Jedoch werden neue Reihen aufgemacht und dadurch ist der Aufwand pro Friedhof höher, da keine größeren Grünflächen gebildet werden können, die dann einfacher zu pflegen wären.

Auch in diesem Bereich sehen wir sehr wohl Einsparpotenziale, aber auch hier wiederhole ich mich: Nicht wir müssen diese Punkte aufzeigen!!!

Die Verwaltung und vor allem der Bürgermeister sind hier gefordert.

### **Mühlenbergstadion:**

Nicht nur unseren Konsolidierungsmaßnahmen fällt dann in diesem Jahr auch die Tartanbahn im Mühlenbergstadion zum Opfer.

Es wurde uns glaubhaft dargestellt, dass der Schulsport in der derzeitigen Situation uneingeschränkt durchgeführt werden kann und auch das Sportabzeichen weiterhin auf dieser Bahn abgelegt werden kann.

Auch im Sinne der Gleichbehandlung aller Vereine und BürgerInnen in Wipperfürth müssen diese Mittel gesperrt werden.

Ebenso wie bei den Kunstrasenplätzen werden wir lediglich einer finanziellen Unterstützung von 50 % der Herstellungskosten oder max. 200.000,-- € zustimmen. Die Dörfer/ die Dorfvereine haben bewiesen, dass die Umsetzung unter diesen Voraussetzungen möglich ist.

Daher streichen wir diese Maßnahme aus dem diesjährigen Haushalt. Die Maßnahme kann dann in einem der folgenden Haushaltsjahre neu beantragt werden, allerdings unter der oben genannten Bezuschussung.

## **Ganztagsunterricht beim EvB-Gymnasium**

Unsere politische Verantwortung bedeutet allerdings auch, dass wir die Stadt für die Zukunft ausrichten. Ein solches zukunftsweisendes Thema ist der heutige Tagesordnungspunkt: gebundener Ganztagsunterricht am EvB-Gymnasium.

Die CDU-Fraktion hat bereits im letzten Jahr den Antrag gestellt, eine finanzielle und bauliche Rahmenplanung vorzustellen, wie eine Umstellung auf den Ganzttag möglich ist. Seinerzeit gingen wir noch von anderen Haushaltszahlen aus, allerdings gilt es unsere Schulstadt zukunftsfähig zu machen.

Obwohl die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel ein Kraftakt für die Stadt Wipperfürth bedeutet, befürworten wir diese Maßnahme, denn es handelt sich hierbei um eine wegweisende Zukunftsentscheidung. Der Bedarf nach einer ganztägigen Betreuung auch im Bereich der Sekundarstufe 1 ist vorhanden und er steigt weiter. Eine verlässliche Ganztagsbetreuung entspricht nun einmal den Erwartungen der Eltern und den Lebenswirklichkeiten in den Familien. Wenn wir als Schulstandort, auch im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden, weiter attraktiv sein wollen und auch weiterhin eine familienfreundliche Stadt sein wollen, müssen wir uns diesen Anforderungen stellen.

Hierzu möchten und müssen wir auch vernünftige Bedingungen schaffen. Eine Mensa und ein Selbstlernzentrum gehören zu einem Ganztagsbetrieb nun einmal selbstverständlich dazu.

Weiterhin dürfen wir nicht vergessen, dass wir eine gut funktionierende Schulstadt mit allen Schulformen haben, die auch wichtig für unseren Handel in der Stadt ist. Viele Tausende von Schülerinnen und Schülern sind tagtäglich in der Stadt und kaufen dort auch ein. Ein Aspekt, der nicht von der Hand zu weisen ist.

In der Zusammenkunft der 3 Kommunen Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth im letzten Jahr wurde sehr deutlich, dass es in Hückeswagen und Radevormwald in Zukunft mit absolut großer Wahrscheinlichkeit eine Schulform geben wird, die Ganztagsunterricht anbietet. Auch wenn der Schulausschuss in Radevormwald diese Möglichkeit in Frage stellt. Es wird und es muss was in den beiden Nachbarstädten passieren, ansonsten werden dort die bisherigen Schulformen weg brechen. Ebenso die Nachfrageergebnisse in Lindlar. Diese stehen ganz im Gegensatz zu unseren Umfragewerten aus 2013. In der Umfrage aus 2013 war deutlich zu lesen, dass über 60 % der befragten Eltern es für wichtig ansehen in den weiterführenden Schulen Ganzttag anzubieten. Diese Umfrageergebnisse wurden auf unsere Nachfrage hin im letzten Ausschuss für Schule und Soziales am 19.11.2014 nochmals seitens der Verwaltung, als auch der Schule selber bestätigt. Wir müssen auf diese geänderten Anforderungen reagieren. Denn Stillstand ist Rückschritt und wir wollen uns in ein paar Jahren nicht vorhalten lassen, wir hätten unser Gymnasium nicht auf diese Anforderungen ausgerichtet. Da wir in der glücklichen Lage sind, zwei Gymnasien am Ort zu haben, könnten sich für beide Schulen Vorteile ergeben: Diejenigen, die sich nicht für einen gebundenen Ganzttag entscheiden, haben dennoch die Möglichkeit vor Ort an ein Gymnasium ohne Ganztagsunterricht zu gehen.

Ein weiteres Beispiel für die Nachfrage auf Ganztagsunterricht ist in den Empfehlungen der Grundschulen zu den weiterführenden Schulen zu sehen. Immer mehr Grundschulen schreiben eine Empfehlung auch für Gesamtschulen aus.

Im Hinblick auf unsere derzeitige Haushaltslage hat es in den Diskussionen in unserer Fraktion verständlicherweise nicht nur Befürworter gegeben. Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand, dass der Haushalt eigentlich gar nicht hergibt. Die Maßnahme auf ein späteres Jahr zu schieben, erscheint uns allerdings nicht als sinnvoll, denn auch in den kommenden Jahren werden wir weitere große finanzielle Anforderungen erfüllen müssen. Somit muss unserer Meinung nach mit der Maßnahme jetzt begonnen werden.

Daher haben wir auch in der letzten Sitzung des Schulausschusses eine abgeänderte Beschlussfassung gefordert, zu der wir allerdings für die heutige Sitzung einen weiteren Änderungsantrag stellen werden.

Wir erwarten Kostensicherheit, wenn die Vergabe an einen Generalunternehmer erfolgt. Bereits der Neubau des Bauhofes hat gezeigt, dass eine solche Vergabe sinnvoll ist. Zusätzlich erwarten wir, dass der Neubau sich nur im Rahmen der Mindestanforderungen für einen funktionierenden Schulbetrieb mit gebundenem Ganztagsunterricht bewegt. Bei den dann anschließenden Umbaumaßnahmen im Altbestand erwarten wir dann ebenfalls, nur die Mindestanforderungen umzusetzen. Man darf nicht vergessen, dass der demographische Wandel nicht vor einem Ganztagsunterricht halt macht und durchaus zu erwarten ist, dass in Zukunft leerstehende Klassenräume vorhanden sein werden. Auch diese Tatsache ist in die Planungen mit einzubeziehen.

## **Gewerbeflächen**

Ein weiteres zukunftsweisendes Thema sind die Gewerbeflächen. Immer wieder haben wir den Bürgermeister aufgefordert Klingsiepen III mit Nachdruck zu erschließen. Und bereits in meiner ersten Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender zum Haushalt 2010 hat die CDU darauf hingewiesen, dass bereits zum damaligen Zeitpunkt über Klingsiepen IV nachgedacht werden muss.

Das erste kommunale Gespräch mit Unternehmern der Stadt, der Politik und der IHK Köln, welches vor 14 Tagen stattfand, hat gezeigt dass Erschließungen von Gewerbegebieten einen Vorlauf von 8 – 10 Jahren hat, bevor man mit den Flächen in die Vermarktung gehen kann.

Immer wieder haben wir vor dem Hintergrund eines Enteignungsverfahrens gefordert, eine zweite Anbindung von der B 506 zu prüfen. Immer wieder wurde uns erklärt, dass dieses nicht möglich sei. Nachdem dann endlich auf unseren Druck hin, Gespräche mit Straßen NRW geführt wurden, erhielt man dort die Auskunft, dass unter Umständen eine andere Anbindung möglich sei. Die bisher verfolgte Variante unser Grundstück zu erschließen, ist zwar wesentlich besser, aber ehe man gar nichts hat oder auch noch Jahre und Jahrzehnte in einem möglichen Enteignungsverfahren wichtige Zeit verstreichen lässt, sollte man parallel die andere Variante verfolgen und prüfen. Hierzu müssen Gespräche mit anderen Grundstückseigentümern geführt werden, die auch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und es muss auch geprüft werden, ob diese 2. Anbindung in einem kürzeren zeitlichen Rahmen umzusetzen wäre. Denn die preiswerteste Variante ist nicht immer die beste, oder besser gesagt, die schnellere.

Daher fordern wir den Bürgermeister nochmals eindringlich auf sich nun endlich um die Ausweitung des Gewerbegebietes Klingsiepen zu kümmern. Hier ist seit 2009 wertvolle Zeit verloren gegangen und immer nur den Hinweis geben, man habe in Niederklüppelberg Flächen zu vermarkten, reicht nicht aus, denn zum einen sind die Flächen nicht allzu groß und zum zweiten ist dieser Standort für die zur Rheinschiene ausgerichteten Firmen nicht interessant genug.

## **Wirtschaftswege**

Auch das Thema Wirtschaftswege ist ein zukunftsweisendes Thema, denn der Tourismus würde ebenso von diesen Maßnahmen profitieren wie die Landwirtschaft.

Im letzten Jahr wurden im Stadtgebiet erfolgreich einige Wirtschaftswege saniert. Die bereitgestellten Fördergelder haben aber leider nicht ausgereicht, die vielen maroden Wege, die aufgrund der Aufarbeitung der Sturmschäden des Sturmtiefs Kyrill beschädigt wurden, in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Daher ist es sehr wichtig, auch in diesem Jahr an den Wirtschaftswegen weiter zu arbeiten. In Absprache mit den Forstbetriebsgemeinschaften sollten die Planungen erarbeitet werden und dem Bauausschuss noch im Laufe des Frühjahrs vorgestellt werden.

Am Ende meiner Rede möchte ich nochmals betonen: Die Ratsmitglieder der CDU Wipperfürth stimmen einer Erhöhung der Grundsteuer B nur mit großen Bauchschmerzen zu. Wir setzen uns aber zur Aufgabe, in den nächsten Jahren einer weiteren Erhöhung der Grundsteuer B entgegenzuwirken. Dieses wird nur durch Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite funktionieren. Also kann das Motto der nächsten Jahr nur heißen:

Sparen, sparen und nochmals sparen. Der Bürgermeister steht hierzu in der Verantwortung alle möglichen Ansätze des Sparens der Politik/ dem Rat aufzuzeigen und auch umzusetzen.

Dieses kann aber auch bedeuten, dass nicht mehr alle Anforderungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden können und einige Events, die Geld kosten nicht veranstaltet werden können. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist im Beschluss des Rates von Overath zu sehen, sich nicht an dem Agger – Sülz – Radweg zu beteiligen.

Ich hoffe, dass die Aufforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik, Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite zu generieren, dann auch Bestand hat, wenn es in Zukunft einen selber betrifft.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir alle es gemeinsam schaffen werden, den Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2020 hinzubekommen und freue mich auf die weiteren gemeinsamen Aufgaben im Rat der Stadt Wipperfürth.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der SPD-Fraktion  
Frank Mederlet**

[Es gilt das gesprochene Wort]..so in etwa gehalten

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt, am besten mit Genehmigung der Kommunalaufsicht, ist die entscheidende Grundlage für kommunalpolitisches Handeln.

Es gilt die Balance zwischen Erfüllung gesetzlich verpflichtender Aufgaben, notwendigen Grundangeboten der Daseinsfürsorge und der Schwerpunktsetzung von Inhalten auf der Grundlage politischer Implikationen und einem politischen Verständnis von Steuerungswillen vor Ort, zu halten.

Die finanzielle Situation der Stadt insgesamt ist nicht einfacher geworden – die überregionalen Rahmenbedingungen mögen je nach parteipolitischer Farbenlehre anders gewichtet werden hinsichtlich der Erforderlichkeiten und Wünsche von Unterstützung.

Für das Land NRW stelle ich fest, dass das GFG Volumen (gerne können wir mal einen Workshop zum Thema abhalten – ich hätte Spaß daran), und damit der Finanzauffluss an die Städte und Gemeinden, nie höher war als derzeit. Übrigens hat selbst das Verfassungsgericht das GFG und seine Verteilung für verfassungskonform erklärt. In anderen Bereich z.B. Schulsozialarbeit, Kosten der Flüchtlingsunterbringung und anderes hat das Land die Kommunen zusätzlich unterstützt.

An den Bund bleibt die berechtigte Forderung der Kommunen zügig deutlich mehr Kosten der Sozialausgaben wie z.B. auch Kosten der Grundsicherung im Alter zu übernehmen und somit die Kommunen erheblich zu entlasten. Darüber hinaus wünsche ich mir eine Neuaufgabe eines „Kommunalen Konjunkturprogramms“, um die Investitionsbereitschaft in den Kommunen zu stärken. Dies ist belebender für die Konjunktur und das Wirtschaften in der Stadt als die „Monstranz einer schwarzen Null“ vor sich her zu tragen.

Lassen Sie mich konkret zu unserem Wipperfürther Haushalt kommen.

Vorab will ich unserem Beigeordneten und Kämmerer Frank Trompetter von dieser Stelle aus die besten Genesungswünsche entgegen bringen. Kommen Sie bald wieder. Wir brauchen Sie.

Der herzliche Dank meiner Fraktion gilt dem Chef der Finanzen, Herbert Willms, und seinem Team. Respekt vor der Leistung und der stets verlässlichen und qualifizierten Unterstützung unserer ehrenamtlichen Arbeit, besonders bei den Haushaltsberatungen.

Die Unabdingbarkeit eines genehmigten HSK ist unumstrittene Maxime des Handelns von Rat und Verwaltung.

Die Jahresabschlüsse können in naher Zukunft endlich alle als erledigt betrachtet werden. Das HSK 2014 wurde genehmigt. Für 2015 werden die Weichen so gestellt, dass wir auch mit einer Genehmigung rechnen dürfen. Wir verstehen, dass die Anhebung der Hebesätze in 2015 keinen Beifall finden.

Die anvisierten Hebesatzanhebungen erweisen sich im interkommunalen Vergleich aber als maßvoll. Selbstredend, dass wir versuchen weitere Steuerungen obsolet zu machen.

Sie sind aber, neben dem Zugriff in die allgemeine Rücklage von rund 5 Mio Euro, erforderlich, um den Haushaltsausgleich in der Perspektive bis 2020 zu schaffen. Nur ein genehmigtes HSK und der Nachweis des Haushaltsausgleichs im Referenzzeitraum lassen uns ein Mindestmaß an kommunaler Selbstverwaltung erhalten.

Natürlich müssen wir weiterhin Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen. Mit Augenmaß und ohne hektischen Aktionismus ist und bleibt es eine ständige Aufgabe, danach zu suchen, was noch besser, effizienter und effektiver gemacht werden kann.

Dazu gehören eben auch, wie wir in unserem Antrag geschrieben haben, weitere Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit zu eruieren. Z.B. auch im Tourismus. Die Initiative der Verwaltung - gemeinsames Archiv mit Hückeswagen - loben wir ausdrücklich.

Ein anderes Instrument betrifft den Bereich Kosten und Finanzcontrolling. Es bleibt eine ständige Aufgabe. Über die Arbeitsergebnisse des Controllings wollen wir gerne mehr und regelmäßig erfahren“ hatte ich für meine Fraktion schon zum HH 2014 angemerkt. Das Berichtswesen ist in 2015 ausbaufähig.

Darüber hinaus gehören auch die Anträge der SPD - wie wohl auch von anderen Fraktionen. im Bauausschuss noch einmal genau hin zu schauen, welche investiven Maßnahmen im Bereich Straßen, Brücken, aber auch Kanälen auf einen längeren Zeitraum streckbar sein könnten und welcher Standard der Bauausführung zugrunde gelegt wird. In Zeiten knapper Kassen muss eben auch der Mindeststandard manchmal hinreichend sein können.

(Wer übrigens meint, dass wir über unsere Verhältnisse leben, egal, ob im Rat oder auch außerhalb des Rates, der soll sagen, wo geben wir zu viel aus? Welche Maßnahmen sind verzichtbar? Oder auch welche Dienstleistungen, die in Gebührenrechnungen eingehen, können reduziert oder gestrichen werden?)

Wir alle sind aufgefordert, für den Haushaltsausgleich 2020 zu arbeiten.

### **Was müssen wir tun und was sind die Voraussetzungen, um Wipperfürth für die Zukunft fit zu halten?**

**Dies will ich an fünf Themenbereichen aufzeigen:**

- 1. Ehrenamt bleibt der Kitt gesellschaftlichen Zusammenhalt**
- 2. Verwaltung – Dienstleister für Bürger und Rat**
- 3. Kein Kind zurück lassen – Familien- u Seniorengerechte Stadt**
- 4. Wohnen Leben Arbeiten in Wipperfürth**
- 5. Wohlfühlen in Wipperfürth**

#### **1. Ehrenamt bleibt der Kitt gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Das ehrenamtliche Engagement der vielen Männer und Frauen unserer Stadt bleibt DAS Fundament für unser Zusammenleben. Ihr Wirken ist der „Mörtel der unsere Gesellschaft verbindet und zusammen hält“. Kein Haushalt wäre jemals ausgeglichen gäbe es die Ehrenamtlichen nicht. Das ist gesellschaftliche Wertschöpfung zum Nutzen aller.

Ich freue mich, dass der erstmals ausgelobte Ehrenamtspreis (auf Anregung der SPD) der Stadt sich so großer Resonanz erfreute.

Aktuell möchte ich mich ganz besonders für den Einsatz der Männer und Frauen bedanken, auch einige Ratskolleginnen sind dabei, die sich mit tollem Engagement sich für die Menschen einsetzen, die als Flüchtlinge hier her gekommen sind und unserer Hilfe bedürfen. Ob Wipp Asyl, die Kirchen oder Kolpingverein und andere; sie schaffen eine Wipperfürther

Willkommenskultur mit menschlicher Wärme. Als Fels in der Brandung muss hier aber auch besonders Uli Bürger und seinem besonnenen Team aus dem Sozialamt gedankt werden, die schwierige Aufgaben mit Verstand und Herz angehen.

## **2. Verwaltung - Team als Dienstleister für Bürger und Rat**

Für den Erfolg unserer Stadt ist aber auch eine motivierte und effizient sowie effektiv arbeitende Verwaltung erforderlich, die sich als Team versteht.

Der Dienstleistungsgedanke „Die Verwaltung ist für die Bürger da und nicht umgekehrt“, verfestigt sich zunehmend. Der Rat erwartet, dass jede und jeder an seinem Platz mit diesem Selbstverständnis ans Werk geht.

Wir anerkennen die Leistungsbereitschaft der Verwaltung – und wir wissen, dass der Stellenplan nahezu ausgereizt ist und weitere Personalreduzierungen kaum machbar sind.

Das Personalentwicklungskonzept wird im März vorgelegt werden. Wir gehen davon aus, dass wir die Gesamtstudie erhalten und auf der Grundlage der Erkenntnisse, der positiven wie der kritischen Anmerkungen, uns ein Bild machen können und mit der Verwaltungsspitze möglichst geschlossen die richtigen Schlüsse ziehen. Das PEK war nie als Maßnahme zur Personaleinsparung verstanden, sondern vielmehr als taugliches Instrument zur Optimierung und Hilfe für Entscheidungen der Verwaltungsspitze und auch des Rates.

Übrigens: Was die Frage der Dienstleistungserwartung an die Verwaltung im Verhältnis zu den Bürgern betrifft, gilt auch im Verhältnis von Rat und Verwaltung.

Das Arbeitsklima ist sehr vertrauensvoll; dennoch erlaube ich mir die Anmerkung, dass sich in der Verwaltung schon noch mehr herum sprechen muss, dass die Arbeit der Ratsmitglieder und der sachkundigen Bürger Ehrenamt ist und insofern in unserer Freizeit stattfindet. Hieran sollten sich z.B. Terminierungen und Abstimmungen der Hauptamtlichen bei der Verwaltung mit den Ehrenamtlichen in Zukunft noch mehr orientieren.

Bei allem Verständnis für Personalknappheit will ich ein Ärgernis aber schon noch einmal deutlich aussprechen. Nahezu in allen Belangen habe ich den Rat als verständnisvoll mit der Personalsituation erlebt, so auch wenn einige Ratsbeschlüsse erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung bearbeitet und umgesetzt werden (können).

Die Geduld, das Verständnis und letztlich auch das Vertrauen in den Willen partnerschaftlicher Zusammenarbeit bekommt allerdings Kratzer, wenn Beschlüsse z.B. nach bis zu zwei Jahren immer noch nicht in Angriff genommen wurden.

Ich erwähne namentlich

- den Ratsbeschluss von Januar 2013, Januar 2014 erneuert zum Thema Nutzungskonzept Voss-Arena/ Alte Drahtzieherei,
- Konzept schulische Inklusion – ASS Juni 2013,
- Inklusionskonzeption Wipperfürth Beschluss Januar 2014

Herr Bürgermeister, Das muss einfacher besser werden. Zuverlässigkeit dürfen Sie und die Verwaltung vom Rat erwarten, aber dies darf der Rat auch von der Verwaltung erwarten. Ich bin optimistisch, dass wir hierfür ein gemeinsames Verständnis haben.

### 3. Kein Kind zurück lassen – Familien / Seniorengerecht

Für die Perspektive unserer Stadt hält die SPD-Fraktion den Bereich Familien- und Seniorenfreundliche Stadt für einen bedeutenden Markenkern unseres politischen Handelns.

Eine ausreichende Anzahl an bezahlbarem Wohnraum, Grundstücken und natürlich qualifizierten Arbeitsplätzen ist ebenso Grundlage wie ein qualifiziertes Angebot für die Bildung unserer Kinder – vom Kindergarten bis zum Schulabschluss.

Wir müssen attraktive Angebote für Familien mit Kindern von Geburt an organisieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denen zu ermöglichen, die es wollen. Hierzu gehört ein Tagesmütternetzwerk ebenso wie institutionelle Einrichtungen von Trägern. Das Streichen der Geschwisterkinderermäßigung wäre da kontraproduktiv und soll nach unserem Willen, so unser Antrag, in 2015 nicht vollzogen werden. Im Fachausschuss soll die Verwaltung wie auch zu den anderen Themen Familienpass und Verwaltungskostenpauschale Träger berichten, informieren und erst dann wollen wir entscheiden.

Wipperfürth ist Schulstadt. Und nach unserem Willen soll der Schulstandort Wipperfürth auch weiterhin zum Markenkern unserer Stadt gehören. Ja, das kostet viel Geld. Für Gebäude, für Ausstattung und auch für Beförderungskosten. Die insbesondere unter Präventionsaspekten bedeutsame Schulsozialarbeit wird fortgesetzt - wir freuen uns, dass das Land hier drei Jahre lang diese wertvolle Arbeit bezuschusst. Und auch wird das Thema „digitales Lernen“ in 2015 eine neue Dynamik erhalten, wie wir durch die Anfrage der SPD jüngst erfahren haben.

Im **Primarbereich** gilt der **Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“**. Am Ende hat der Elternwill entscheidenden Einfluss auf die Beantwortung der Frage, ob alle Schulstandorte - Haupt- wie Teilstandorte - von Grundschulen auf Dauer aufrechterhalten werden können.

So mussten wir den Beschluss zur Schließung der Wipperschule in 2016, schweren Herzens, fassen, weil es nicht mehr hinreichend viele Anmeldungen gab.

Für die Zukunft brauchen wir ein tragfähiges und langlebiges Konzept, eben ein **Konzept** für die Haupt- und Teilstandorte der Grundschulen, **auf das sich die Eltern für ihre Kinder längerfristig verlassen können.**

Die externe Beratung im Vorfeld der weiteren Beratungen begrüßen wir – der Schulausschuss wird sich nach Vorberatung im AK Grundschulen intensiv mit den möglichen Varianten befassen.

Die Frage der Formen der Übermittagsangebote spielt dabei aus unserer Sicht eine bedeutende Rolle. Wir müssen wissen, was die Eltern wollen. Wie groß ist z.B. der Bedarf an OGS-Plätzen?

Und um das heraus zu bekommen, schlägt die SPD-Fraktion eine zeitnahe Befragung der „relevanten Kundschaft“, sprich der Eltern der Kinder, kurz vor der Einschulung und der Kinder in den Grundschulen vor.

Nur mit dem Wissen, welche Bedarfe es wo in welchem Maße gibt, können wir verlässlicher auch die Bildung neuer oder die Bestätigung bestehender Schulverbünde diskutieren und entscheiden. Das heißt aber auch, dass wir wahrscheinlich weiter investieren müssen. Nicht aus dem Auge verlieren dürfen wir dabei die Situation in den bestehenden OGS-Angeboten. In Nikolaus haben wir noch einmal investiert. In St. Antonius hat sich der Schulausschuss

ein Bild gemacht. Hier müssen wir noch einmal die Entwicklung anschauen und überlegen, ob Optimierungen möglich sind.

Im Sekundarbereich haben wir von der SPD-Fraktion von Anfang an den gebundenen Ganztagsbetrieb am **E.v.B.** anzugehen für eine geeignete Maßnahme zur Stärkung und Profilierung des Schulstandort Wipperfürth unterstützt. Das ist eine nachhaltige Investition und eben eine Priorität kommunaler Selbstverwaltung, die WIR selbst entscheiden. Wir von der SPD wollen den Ganztag.

Wir haben schon im Schulausschuss das Projekt entsprechend der heute vorliegenden Beschlussfassung befürwortet.

Die regionale Bildungslandschaft wird sich weiter entwickeln. Wir werden beobachten, was sich in Hückeswagen tut. Vielleicht gibt's dort eine Gesamtschule – vielleicht aber auch nur für den Sekundar I Bereich und möglicherweise ergibt sich dann die Möglichkeit, unser E.v.B. dann als Perspektivpartner für die Oberstufe anzubieten. Und das dann mit der Qualität eines gebundenen Ganztagsangebotes. Zudem ist der gebundene Ganztag am E.v.B. eben auch ein Angebot für Schüler aus Lindlar, wo es bekanntlich ja keinen Ganztag geben wird.

Ansonsten haben wir uns bisher für das in Wipperfürth noch funktionierende dreigliedrige Angebot vor Ort ausgesprochen.

Wir behalten das Thema im Blick und beobachten die konkreten Entwicklungen. Für das **Schulzentrum Düsterohl** begrüßen wir eine noch stärkere Zusammenarbeit von Realschule und Hauptschule und Musikschule. Diese einmalige Situation der räumlichen Nähe der Bildungseinrichtungen muss ein Angebot zum Wohl der Kinder auch in Zukunft zum Ergebnis haben. Die Chancen der Kooperation, der Vernetzung, der Durchlässigkeit und der pädagogischen Vielfältigkeit sind zu nutzen.

Die erfolgreiche Arbeit des Kompetenzzentrums Alice-Salomon-Schule mit der großartigen fachpädagogischen Arbeit hat dazu geführt, dass die Schule in diesem Jahr geschlossen wird, weil immer mehr Kinder am „Gemeinsames Lernen“ in der Regelschule teilhaben.

Mit dem Thema „Inklusion“ stehen wir eher am Anfang als am Ende. Wir alle sind gefordert, in kleinen und größeren Schritten das Thema in die Köpfe zu bekommen.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung in diesem Jahr „liefert“ und wir das breite Themenfeld der Inklusion, eben nicht nur schulische Inklusion, endlich angehen.

In einer älter werden Gesellschaft muss aber auch die **seniorengerechte Stadt zum Markenkern** kommunaler Politik gehören. Altersgerechte Einrichtungen und Angebote, barrierefreier Straßenraum, altersgerechte Wohnungen, neue Wohnformen und auch kulturelle Angebote gehören dazu. Das hat auch mit dem demographischen Wandel zu tun.

#### **4. Wohnen Leben Arbeiten Einkaufen**

Der 4. wichtige Bereich für eine gute Zukunft unserer Stadt mit Perspektiven betrifft den Themenbereich „Wohnen – Leben – Arbeiten – Einkaufen in Wipperfürth.“

In der lokalen Wirtschaftspolitik sind wir derzeit insbesondere mit unserer WEG gut aufgestellt. Die Stadt versteht sich als Dienstleister sowohl für die kleinen als auch die größeren

Unternehmen. Herzlichen Dank an die Geschäftsführer Michael von Rekowski und Frank Trompeter sowie an Mery Causemann.

Die Pflege und Betreuung und somit Standortsicherung für bereits vorhandene Betriebe hat höchste Priorität. Aber natürlich müssen wir auch sehen, dass wir Flächen verfügbar machen.

Was die Flächenpolitik angeht, ist das ständiges Thema in der WEG und den Fachausschüssen. Die Stadt Wipperfürth hat mit ihrem gültigen FNP bewiesen, dass wir die Erfordernisse der Zukunft erkannt haben. Wir hoffen weiterhin auf das Verständnis einzelner Grundstückseigentümer hinsichtlich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen. Im Haushalt haben wir Finanzmittel für weiteres Vorankommen in Klingsiepen ausgewiesen. Zudem ist hier die Vernetzung mit und in der Oberbergischen Gewerbeflächenkonferenz zielführend.

Der in 2014 eingeschlagene Weg, **den Tourismus als Wirtschaftsfaktor intensiver anzugehen** und besser zu bündeln, Akteure an einen Tisch zu bringen, zu vernetzen und zu professionalisieren, ist zwar später als gewünscht gestartet, es war aber eine richtige Entscheidung. Mit unserer versierten Tourismusfachfrau Frau Körber werden wir in 2015 die notwendigen weiteren Schritte gehen. Vielleicht lässt sich auch hier noch mehr an interkommunaler Zusammenarbeit in die Wege leiten, als es dem Wasserquintett und der Fahrradtrasse gelungen ist.

Herausragendes Thema in 2014 und wird auch in den nächsten Jahren das **Integrierte Handlungskonzept** sein.

Die Förderung mit den Eigenmitteln der Stadt und den sich daraus auszulösenden privaten Investitionen werden bedeuten:

Über 20 Mio Euro werden direkt und indirekt in unserer Stadt in den nächsten Jahren investiert. Das schafft Arbeitsplätze, das hilft, Arbeitsplätze zu sichern und die Maßnahmen steigern die Lebens-, Wohn und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Wir sind fest überzeugt, dass das InHK auch den Einkaufsstandort Mittelzentrum Wipperfürth stärkt. Lassen Sie uns gemeinsam diese Chance mit der Bevölkerung und dem Handel nutzen.

Das InHK ist aber mehr als das Thema Parkplatz, Parkbucht und Parkpalette. Ich verweise erneut auch auf das ja sogar von der CDU gelobte umfassende Papier der SPD von 2006.

Wir nehmen natürlich die Sorgen von Händlern und Bürgern ernst. Etwas mehr Vertrauen in die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Ratsvertreter hoffen wir aber auch. Nehmen Sie uns ab, dass der Rat, der ja einstimmig, nach mehrjähriger Vorberatung, in 2012 den umfassenden Grundsatzbeschluss zum INHK fasste, dass wir die STÄRKUNG des Standortes Wipperfürth im Blick haben und nicht seine „Beerdigung“. Ich möchte noch einmal betonen: Das Verfahren war transparent, jede Entscheidung fiel öffentlich und jede Entscheidung wurde im Arbeitskreis und öffentlichen Veranstaltungen kommuniziert. Rat und Verwaltung haben immer „gesagt, was wir tun“ und nun „tun wir was wir sagen“. Verlässlichkeit in der Politik wird immer eingefordert. Wir handeln parteiübergreifend danach.

Unsere Stadt braucht Veränderung, um im Wettbewerb der Nachbarstädte bestehen zu können – Unsere Stadt braucht dazu auch einen starken, aktiven, innovativen und geschlossen agierenden Einzelhandel, egal ob organisiert oder nicht.

**Einen Einzelhandel**, der zum Beispiel originelle Marketingkonzepte entwickelt und verlässliche Ladenöffnungszeiten vereinbart.

**Einen Einzelhandel**, der der Kundschaft gegenüber Optimismus und Zuversicht ausstrahlt und sich auf seine Stärken qualitativer Angebote besinnt.

Insbesondere die Menschen aus der eigenen Stadt, so sagt es zumindest das gültige Einzelhandelsgutachten für Wipperfürth, sind die Hauptkunden der Wipperfürther Geschäfte. Sie gilt es insbesondere als Stammkunden zu halten.

Ich bin zuversichtlich, dass der Wipperfürther Einzelhandel die Notwendigkeit in die Veränderung erkannt hat. Oder um es mit Albert Einstein zu sagen:

„Die reinste Form des Wahnsinn ist's, zu glauben, alles beim alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert“.

Albert Einstein 1934

Der Rat, der Fachausschuss und natürlich auch der Arbeitskreis werden mit dem Handel und den Bürgern auch weiterhin im Gespräch sein und auf der Grundlage gültiger Beschlüsse die Maßnahmen kommunizieren und besprechen. So liegt uns zum Beispiel auch am Herzen das Thema „Behinderten gerechte Toilette“ in der Innenstadt noch einmal anzugehen, weil das aktuelle Angebot möglicherweise nicht hinreichend gut ist.

Und natürlich gehört hierzu auch der Dialog über die Ergebnisse der Bewertung der Verkehrskonzeption. Wir werden erfahren, ob es zum beschlossenen und lange und intensiv abgewogenen Verkehrskonzept eine andere Lösung gibt, die dieselben Effekte und Ziele im Sinn des bewilligten Antrags erreicht und keinen Zuschussstop bedeutete.

Die Förderung leichtfertig aufs Spiel zu setzen und die Entwicklungschance unserer Stadt abzukoppeln, wäre fatal.

Ich will zuversichtlich sein, dass uns das gelingen wird und wir am Ende eine noch größere „Wipperfürth Fraktion“ haben, bei der die Zuversicht in die Chancen größer ist als die der Risiken. Das brauchen wir auch und gerade im Interesse des Handels vor dem Hintergrund der Zentrenentwicklung in Gummersbach und Remscheid.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass es selbstverständlich ist, dass wir die Unterstützung der dörflichen Strukturen nicht vergessen wollen und werden. Der gültige FNP mit seinen Fachbeiträgen ist hier die Richtschnur.

Toll, was in vielen Dörfern auf die Beine gestellt wird. Thier und jetzt auch Kreuzberg haben aus gutem Grund überregionale Preise gewonnen. Diese Potentiale müssen wir bündeln und noch stärker hervorheben.

Wipperfürth hat Perspektiven für Leben, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen in unserer Stadt.

## **5. Wohlfühlen in Wipperfürth**

Als fünftes Element will ich noch den Wohlfühleffekt in unserer Stadt ansprechen. Hier schließt sich der Kreis wieder.

Wesentlicher Faktor zum Wohlfühlen in unserer Stadt ist das Angebot an Sport, Musik, Kultur, Sozialem, das von den Ehrenamtlichen ermöglicht wird.

Die Stadt hat dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen hierfür stimmen. Hierzu zählen z.B. auch das Angebot des WLS-Bades und der Sportstätten. Gut, dass die nunmehr grundsanierte Voss Arena wieder rege genutzt werden kann.

Das Thema Gesamtkosten werden wir gewiss im Laufe des Jahres in den Ausschüssen noch diskutieren und bewerten.

Der Rat stellt Geld zur Verfügung z.B. für die Musikschule, für die Bücherei, für die Sportstätten, aber eben auch für die Bürgerstiftung.

Die SPD-Fraktion begrüßt die verbesserte Kommunikation. Die **Bürgerstiftung und die Alte Drahtzieherei** sind ein Pluspunkt und eine Bereicherung für unsere Stadt ist. Wir kennen uns zu dieser Einrichtung.

Wir anerkennen, dass sich einiges getan hat und die Einrichtungen dabei sind, sich zu konsolidieren. Es gilt aber auch „Wir sagen, was wir tun und wir tun, was wir sagen“. Daher bleibt es bei der Beschlussfassung vom 31. Januar 2013 betreffend Jahreszuschussbedarf. Es gibt keinen Grund, hiervon abzuweichen.

Wir alle tragen Verantwortung für den gesamten Bereich der Stadt, wo ehrenamtliches Engagement zum Wohlfühlen in der Stadt beiträgt. Dies gilt für Sport, Musik, Soziales oder Kultur.

Die Tartanbahn im Stadion Mühlenberg soll noch einmal geschoben werden; nach unserem Eindruck ist die Qualität noch hinreichend für den Schulsport und die Abnahme des Sportabzeichen. Eine Erneuerung erwartet wie bei anderen Maßnahmen, z.B. bei den Kunstrasenplätzen ebenso eine Beteiligung Dritter.

<b>Schluss: Ich will zum Schluss kommen.</b>
--

Der Haushalt 2015 weist mit einer Vielzahl an begonnenen Projekten und dem Start neuer Ideen und Vorhaben in die richtige Richtung und gibt eine Perspektive für die kommenden Jahre, um den Standort Wipperfürth als Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Wohlfühlstadt zu stärken.

Das gemeinsam Erreichte - von Rat und Verwaltung mit Bürgermeister von Rekowski und Beigeordneter Trompeter und den Fachbereichen kann sich sehen lassen.

Wir in Wipperfürth waren dann stark, wenn wir als „Wipperfürth Fraktion“ an einem Strang in dieselbe Richtung gezogen haben.

Natürlich muss und soll es dabei auch den demokratischen Wettstreit um die besten Ideen geben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hierzu gerne auch weiterhin bereit und freuen uns auf die Debatten. Der Wettbewerb um die besten und kreativsten Ideen dient dem Wohl der gesamten Stadt.

Abschließend will ich für die SPD-Fraktion sagen, dass der Haushalt gute Antworten auf die Anforderungen der Zukunft anbietet.

In diesem Sinne empfehle ich nochmals die Zustimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion und werbe für eine breite Zustimmung zum eingebrachten Haushalt 2015.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2015 zustimmen. Ich bedanke mich nochmals für die konstruktive Begleitung der Haushaltsberatungen durch die Verwaltung. Und bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Frank Mederlet

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der UWG-Fraktion  
Harald Koppelberg**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zunächst einmal ein herzlichen Dank an alle Bürger die sich in unserer Stadt ehrenamtlich engagieren, um unser Gemeinwohl weiterhin zu stärken. Eine Aufzählung der verschiedenen Aktiven und Aktivitäten kann diesen Rahmen nur sprengen. Ihnen Allen sind wir nur mit großem Dank verpflichtet.

Nun zu unserem Planwerk zum Haushalt 2015:

Ein Werk das zur Grundlage eines Wunschkonzertes oder zu einem Trauerspiel dienen kann.

Trauerspiel, weil abermals die Zahlen keinen Anlass zur Freude bieten, eine Neuverschuldung bei mittelfristigen Krediten um 1,6Mio € (gesamt 43,7 Mio) und bei Kassenkrediten um 5Mio € (gesamt 47Mio).

Das, obwohl in der Republik vielfach von Schuldenbremse gesprochen wird.

In Wipperfürth scheint dies nicht angekommen zu sein.

Gewiss sind Ausgaben durch ext. Ereignisse wie dies im Sozialbudget zu finden ist, nicht selbstgemacht. Auch der Einbruch an Gewerbesteuer, ist auf der Einnahmenseite ebenso nicht selbstgemacht.

Hier eifrig die Stellschrauben von Gebühren und Steuer zu nutzen ist wohl eher ein Ausweg den man zuletzt anwenden sollte.

Wir alle bemühen uns Wipperfürth als eine attraktive Stadt im Bergischen Land anzupreisen.

Behütetes Leben, gutes Vereinsdasein, gute Sportmöglichkeiten, ansprechendes Kulturwesen und eine gute Schullandschaft. Dies in kurzen Schlagwörtern dargestellt. Dies kann aber nicht greifen, wenn der Lebensunterhalt immer mehr den Geldbeutel unseres Bürgers aufzehrt.

Wir können uns bemühen, die Infrastruktur ständig zu bessern, ob durch Ergänzung von Freizeitanlagen oder Modernisierung im Rahmen der neuen Medien.

Die UWG begrüßt die Anstrengungen um die Aufenthaltsbedingung im Stadtzentrum zu bessern, zuletzt durch die Errichtung eines HOTSpots, dass u.a. auch durch einen Antrag der UWG gestützt war.

Wir stehen auch weiterhin zu dem einstimmigen Beschluss des Innenstadtkonzeptes, lässt sich nur durch diese Art eines ganzheitlichen Plans eine Weiterentwicklung von Wipperfürth ermöglichen.

Gleichwohl, das Wipperfürth hier auch viel Steuergeld verzehrt. Dies aber zum Wohle der jetzigen und kommenden Bevölkerung.

Als HSK-Kommune sollten wir aber uns immer wieder aufmachen dem Ziel einer Konsolidierung näher zu kommen. Dies war im HS 2014 und den begleitenden Anträgen zu erkennen.

Das jetzige Werk 2015 lässt dieses Ziel nicht mehr erkennen, obwohl der Bürgermeister dies als höchste Priorität ausspricht.

Nicht das der Zielzeitpunkt 2017 nach 2020 verschoben wird, nein es wird auch eifrig ein Projekt verfolgt, das Ganztägige Gymnasium, was uns mehr als 6,4 Mio € kosten wird.

6,4 Mio €, eine grobe Kostenplanung, oder vielleicht auch nur Schätzung, die sich lediglich aus einem gefühlten Begehren der hiesigen Schulleitung speist.

Es gibt keine notwendigen Substanzarbeiten, keine Schülerentwicklungszahlen, die eine solch riesige Investition im freiwilligen Bereich rechtfertigt.

Um es klar auszusprechen, wir leben im 21. Jahrhundert, die UWG sieht auch ein Angebot einer Ganztagschule für sehr gut an.

Dies kann aber nicht zu jedem Preis geschehen, auch nicht, wenn die Verwaltungen Versprechungen in der Art macht, das dieses Projekt kommt, kostet es was es wolle.

Hier wird für uns, der UWG, der Bogen überspannt. Wir berauben uns der politischen Handlungsfreiheit und dürfen dann nicht meckern, wenn der Bürger uns dafür straft.

Wir sind gewählt auch kostenverantwortliche Entscheidungen zu treffen, und nicht Begehren ab zunicken zu jedem Preis.

Denn der Preis wird direkt aus der Geldbörse unserer Bürger gezahlt

Wir beantragen daher die Absetzung dieses Millionenprojekts.

Der Ganztagsbetrieb am E.v.B. wird aus heutiger Sicht mindestens 200.000 € jährlich an Abschreibungen, Zinsen und Bewirtschaftungskosten verursachen. Dies entspricht rund 30 Basispunkten bei der Grundsteuer B. Mit „Streichung“ des Projektes könnte die geplante Steuererhöhung damit auf 520 Punkte reduziert werden.

Auch wenn in der Begründung auf den Durchschnitt im OBK verwiesen wird, so hat doch jüngst die Stadt Gummersbach ihre B-Steuer auf 470Pkt verabschiedet. Also auch nicht an einem mathematischen Durchschnitt orientiert.

Wir beantragen daher die Grundsteuer B auf 520 Punkte zu beschließen.

Eine grundsätzliche Anhebung der Steuern ist daher geboten, da uns aus den anfänglich genannten Gründen die Gewerbesteuer eingebrochen und die Sozialkosten angestiegen sind.

Neben diesen wesentlichen Punkten sind aber auch einige Details im HS 2015 zu hinterfragen.

Bewegen wir uns im Rahmen der freiwilligen Leistungen, so sind zunächst hier die Musikschule und die städt. Bücherei zu bewerten.

Neben der exzellenten Arbeit, die die aktiven Personen in diesen Fachbereichen ausüben, ist doch eins auffallend.

Die Jahresergebnisse werden in ihrer Bilanz erheblich durch die interne Verrechnung verschlechtert.

Ein wesentlicher Punkt ist die Gebäudeumlage.

Mit großer Erwartung wurde die Musikschule nach dem Mühlenberg umgezogen.

Das Ergebnis, in der Gebäudeumlage haben sich die Kosten fast verdoppelt, neuerdings werden hier ca. 15,3T€ eingefordert.

Bei der Bücherei hat sich in der Nutzungsfläche Garnichts verändert und dennoch werden hier neuerdings fast das Doppelte, 41,1T€ Gebäudeumlage eingefordert. So kann man auch eine Leistungsangebot uneffektiv machen.

Eine weitere Aufmerksamkeit sind die Aufwendungen im Abwasserbetrieb.

Hier werden erhebliche Mittel und Projekte angemeldet, wo man sich fragen muss, ob der gesamte Umfang überhaupt in einem Jahr leistbar ist. Wenn man dann noch in die Tiefe geht so werden einige Dinge unschlüssig. Hatte man noch in 2014 Planungskosten für den Stollen Kreuzberg angemeldet, um dann im Folgejahr die Umsetzung zu gestalten, so ist dies im neuen HS alles Schnee von gestern.

Die Planungskosten in 2014 wurden nicht genutzt und in 2015 wird dennoch die Ausführung vorgetragen. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit in der Sache?

Ein entsprechender Antrag für den Fachausschuss soll hier Klarheit bringen.

Ebenso ist zu hinterfragen, ob der Bauhof nicht um die 3 Personen aus dem Abwasserbetrieb ergänzt werden sollte. Hier hätte eigentlich schon aus dem PEK-Projekt ein Anstoß erfolgen können. Es ist schwer verständlich, dass eine Parallelwelt von dieser Einheit an der Zufahrt zum Betriebshof gelebt wird. Hier sollte die Verwaltung zu Stellung nehmen und der Rat entsprechend entscheiden.

Ein entsprechender Antrag der UWG liegt Ihnen vor.

Ferner sind die Aufwendungen von 398T€ zur Instandhaltung Stadion Mühlenberg sehr beachtlich.

Die Notwendigkeit wurde im Rahmen des Ausschusses Sport Freizeit u. Kultur am 5.11.2014 besprochen. Hier wurde auch berichtet, dass Fördermöglichkeiten des Landessportbundes nur möglich sei, wenn Wipperfürth auch als Landesstützpunkt aufgeführt wird. Für die kommende Periode von 2016 bis 2020 werden hier neue Entscheidungen getroffen. Die Rahmenbedingungen für eine Klassifizierung als Stützpunkt sollten erarbeitet werden und im Fachausschuss vorgestellt werden. Gegebenenfalls ergibt sich auch in einem Kostenvergleich die Sinnhaftigkeit diese Maßnahme im Sinne einer Förderung zu verschieben.

Sie sehen meine Damen und Herren es gibt immer ein paar Stellschrauben, die einer weiteren Verschuldung entgegen stehen. Nutzen wir sie. Treffen wir auch unangenehme Entscheidungen im Sinne unserer Kostenverantwortung.

Hierzu haben wir, die UWG einige Anträge im Rahmen dieser Haushaltsberatung gemacht. Wir würden uns freuen wenn Sie unseren Argumenten folgen könnten.

Bedanken möchte ich mich bei der Verwaltung, insbesondere bei Herrn Willms für die kooperative Zusammenarbeit der vergangenen Monate.

Ich hoffe wir werden alle zusammen noch weitere konstruktive Diskussionen in der Zukunft haben.

ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein gesundes Jahr 2015.

Harald Koppelberg  
Fraktionsvorsitzender UWG Wipperfürth e.V.

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Andreas Schmitz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung.  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

welch Gegensätze. Wendet man sich der Bundespolitik zu, so könnte man den Eindruck gewinnen, dass doch alles in Ordnung sei. Die berühmte "schwarze Null" wird einerseits gerne als große Leistung der Großen Koalition verkauft. Und das nahezu Magische daran: Gleichzeitig werden eine ganze Reihe sozialpolitischer Leistungen eingeführt, die komischerweise scheinbar nichts kosten. Bei genauerem Hinsehen und ohne das nette Lächeln der Frau Bundeskanzlerin müsste man jedoch was völlig anderes feststellen: Die Wohltaten der Regierung finanzieren in den nächsten Jahrzehnten unsere Kinder und Enkel in der Sozialversicherung, ohne dass sie selber die realistische Aussicht hätten, je von diesen Wohltaten selber zu profitieren. Ebenso ist eine "schwarze Null" gleichzeitig nur machbar, wenn man im Finanzföderalismus Lasten unauffällig in Richtung Kommunen verschiebt. Viele Glanzlichter der Bundespolitik, wie z.B. die Einführung des Arbeitslosengeldes II oder der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sind im Bund erdacht worden. Der Großteil der Finanzierung belastet die Kommunen massiv und nachhaltig. Die Finanzausstattung ist nicht ausreichend, was am Ende wieder an den nächsten Generationen hängen bleiben wird.

Jetzt erhöht Wipperfürth die Grundsteuer. Das ist für jeden von uns hier, auch im Rat selber, ärgerlich. Ohne Frage. Aber warum wird man nicht stutzig und erinnert sich an den letzten Bundeswahlkampf, als insbesondere die Frau Bundeskanzlerin die Wahl vor allem deshalb die Wahl gewinnen konnte, indem man den Bürgern versprach, neue Herausforderungen und Aufgaben, aber auch der Schuldenabbau, seien ohne Steuererhöhungen möglich. Sie, liebe BürgerInnen, die Sie grundsteuerpflichtig sind, zahlen dieses Märchen nun mit dieser kommunalen Steuer. Es müsste anders herum sein: Der Bund stattet Länder und Kommunen finanziell richtig aus und wir hier in Wipperfürth könnten von unseren aufgelaufenen Schulden von rund 84 Millionen Euro (Stichtag 31.12.2014) herunter.

Bezogen auf Wipperfürth kann ich mit Überzeugung sagen, dass mit einer neuen Stadtführung eine gute Entwicklung gegeben hat. Michael von Rekowski und seine Mitarbeiter haben aus meiner Sicht einen guten bis sehr guten Job gemacht. Eine verwaltungszentrierte Politik, die sich nicht so sehr von den Ideologien der Damen und Herren Politiker leiten lässt, hat Wipperfürth gut getan. Es wurde seit 2009 zwar auch einiges gebaut, aber doch ganz überwiegend so, dass man für unsere Stadt mindestens mittel- und langfristig eine Verbesserung erwarten kann. Beispielsweise der gemeinsame Bauhof.

In letzter Zeit nehme ich allerdings eine Art Sozialdemokratisierung wahr, die mir Sorgen bereitet. Sind einmal Fördergelder als mögliche Quelle erkannt, wird auf jeden Fall versucht, diese abzugreifen. Bekanntlich gibt es so gut wie keine Fördergelder von Bund oder Land, ohne dass wir als Stadt selber mitfinanzieren müssten. – Deshalb lehnen wir auch den Antrag der FDP ab, die die Droge Fördermittel aus unserer Sicht fälschlicherweise als etwas Positives darstellt. - Was für mich auch bedenklich ist, dass in letzter Zeit festzustellen ist,

dass zwar zur Erlangung der Fördergelder sehr strukturiert und zielorientiert an Konzepten gearbeitet wird. Ist aber mal der Förderbescheid da, so hört die Professionalität schnell auf und man konzentriert sich auf die Schnelligkeit der baulichen Umsetzung.

Aktuell sehen wir Grüne bei der Umsetzung des InHK eine viel zu starke Verengung der Diskussion und der Gestaltung der Prozesse auf den Stadtumbau. Ganz nach dem alten Motto: Hauptsache wir bauen was. Sicher ist eines: Sie können die Stadt sechsspurig mit Straßen vollpflastern. Deshalb wird kein Eigentümer einer Immobilie in seine mehr oder weniger sanierungsbedürftige Immobilie investieren. Kein Händler sieht darin einen Anreiz selber aktiv zu werden, um die fehlende Kundschaft mit neuen Sortimenten oder besserem Service an sich zu binden. Statt einer öffentlichen Diskussion um Fahrtrichtungen sollte es um die Nutzung der vorhandenen Kompetenzen im Handel aber auch um die Aktivierung innovativer Kräfte gehen, die es auch in Wipperfürth gibt. Ein Verfügungsfonds bietet die Möglichkeit, endlich die kreativen Kräfte statt der Dauernörgler in die Mitte zu stellen. Die Anreicherung der Diskussion mit Handel und Investoren über langfristig zukunftsfähige Strukturen in der Innenstadt. Das wird jetzt wieder als Kritik verstanden, aber es ist doch jedem klar, dass neue Ideen, auch von außen, dringend notwendig sind. Die Chancen erkennen statt an alten Zöpfen festzuhalten. Das muss jetzt das Motto sein. Auch von meinem Bürgermeister, der sicher auch viel Kritik einstecken musste, erwachte ich mehr Zusammenführung und Professionalisierung im Sinne eines zukunftsfähigen Einzelhandelsstandorts. Frau Kausemann benötigt als City-Managerin jetzt endlich die Mittel, die zur Gestaltung dieser innovativen, das Wir-Gefühl stärkenden, Entwicklungen beitragen kann. - Bitte unterstützen Sie unseren Antrag dazu.

11 Jahre Kommunalpolitik und 10 Haushaltsberatungen bzw. –beschlüsse meinerseits sind schon ein gewisser Erfahrungshorizont, der Bewertungen zulässt.

In jedem Haushalt ging es um eine Haushaltsschieflage und den selbstverständlich erreichbaren Haushaltsausgleich nach x Jahren. D.h., dass sämtliche mittelfristigen Finanz- und Haushaltsplanungen im Vorhinein nie erreichbar waren und sein werden. In jedem dieser Haushaltsjahre gab es außergewöhnliche Entscheidungen, die in den vorher beschlossenen Haushalten jeweils nicht berücksichtigt worden waren, so dass in der Folge jeweils auch die Haushaltsschieflage zunahm. Beispiele: WLS-Bad, Bauhof, Ohler Wiesen, Mühlenberghalle, InHK oder jetzt der plötzlich so dringende Ganztags am EvB. Der Wille in der Politik, auf allen Ebenen Haushaltskonsolidierung anzustreben und das strukturelle Defizit zu verkleinern, fehlt weiterhin. Auch 2016 wird wieder eine Großsanierung oder sonst etwas auf uns zukommen. Das müssen wir doch heute einpreisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was können wir zur Verbesserung tun? Neben der braven Durcharbeitung des Haushaltsbuches beantragen wir Grüne eine Weiterentwicklung des Controlling-Gedankens und des Berichtswesens. Es geht um kurze Intervalle, die dann möglicherweise ein früheres Gegensteuern ermöglichen können. Wer besser informiert wird, hat dann aber auch mehr Verantwortung zu tragen. Wir bitten um Zustimmung. - Aus meiner Sicht, und das betone ich hier nochmal, gehören die Haushaltsberatungen zudem in den wesentlichen Budgets in die Fachausschüsse bzw. in die Hände der Fachpolitiker im transparenten Dialog mit Verwaltung und auch Bürger. Die vielen Anträge der Fraktionen, die in einen Ausschuss verwiesen werden, beweisen dies. Die Reihenfolge stimmt nicht.

Immer wieder wurde in den letzten Jahren davon gesprochen, dass wegen der Haushaltslage auch der Bürger selber mehr in die Pflicht zu nehmen sei. Dies muss der Rat von allen Vereinen und Gruppen erwarten können. So auch bei der Thematik Sanierung der Kunststofflaufbahn im Mühlenbergstadion. Hier erwarten wir eine Korrektur im Haushalt insofern, dass hier die Stadt nur ca. 50% mit städtischen Mitteln finanziert und der Rest in Eigenleistung bzw. Spenden beizusteuern ist. Bitte folgen Sie unserem Antrag dazu.

Wer den Bürgern etwas zumutet, wie z.B. höhere Steuern, muss sie auch informieren bzw. besser beteiligen. Wir beantragen eine umfassende Informationsveranstaltung, die den WipperfürtherInnen die tatsächliche Situation deutlich macht. Eine Beschimpfung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker hier vor Ort ist nicht einzusehen, wenn Bund und Land ihren Job schlecht machen.

Zu den Steuererhöhungen: Hier sehen wir Grüne in Wipperfürth kurzfristig keine Möglichkeit, daran völlig vorbei zu kommen. Etwa ein Drittel der Gewerbesteuern sind weg. Das Märchen des ausgeglichenen Haushalts in Wipperfürth und 18 bis 20 Millionen Euro Gewerbesteuer dauerhaft sollten wir nicht weiter erzählen. Gut 3,5 Mio. Euro strukturelles Haushaltsdefizit sind erdrückend. Wir Grünen verlangen einen langen Atem bei einer Haushaltspolitik der Vorsicht und der Nachhaltigkeit. Vorsicht im Sinne von vorsichtigen und defensiven Annahmen bei den Einnahmen und Nachhaltigkeit bei der Frage, ob wir uns dieses und jenes jetzt, in Zukunft oder gar nicht leisten können. Investitionen in Substanzerhalt haben höchste Priorität. Aufbau neuer Standards nach Möglichkeit nur, wenn die Einnahmenseite gestärkt wird. Weil Sparen und Steuererhöhung zusammen gehören, beantragen wir eine Reduzierung der geplanten Anhebung bei der Grundsteuer um die hier in Form von Fraktionsanträgen eingehenden Einsparvorschlägen. Steuern erhöhen ohne gleichzeitig Einsparungen vorzunehmen, scheint mir nicht fair gegenüber dem Eigenheimbesitzern und deren Mietern. Wir Grüne bitten um Zustimmung.

Und damit sind wir bei dem aus meiner Sicht schwierigsten Thema. Wenn ich das sozialdemokratische Gen in mir tragen würde, könnte ich mir die Sache sehr leicht machen. Der Ganztagsbetrieb auch an unserem Gymnasium ist aus einigen Perspektiven wünschenswert und grundsätzlich auch grüne Politik: Chancengleichheit, individuelle Förderung, lebendige und offene Schulen als Beispiele sind auch unsere Ziele. - Bei aller Überzeugung hierfür müssen wir doch unsere Kompetenzen und unsere Verantwortung wahrnehmen und das Parteiprogramm etwas zurückstellen. Aus der Sicht meiner Fraktion ist die Entscheidung über die Einführung des Ganztags nicht entscheidungsreif. D.h., dass die Informationen, die wir brauchen, um eine verantwortbare Entscheidung treffen zu können, heute nicht vorliegen. Zudem gibt es noch erhebliche Vorbehalte in der Lehrerschaft.

Zum einen wird uns klar gesagt, dass es sich bei den vorliegenden Kostengrößen um sehr grobe Schätzungen handelt. Zudem ist ein Umbau im Bestand mit Unwägbarkeiten verbunden, die aus unserer Sicht bislang zu wenig hinterfragt sind. – Die SPD ist bei solchen Gelegenheit gewöhnlich immer sehr pingelig. Hier drücken Sie beide Augen zu. Seltsam. - Insgesamt sind 6,5 Mio. Euro eine Überforderung des Finanzhaushaltes. Vor allem dann, wenn wegen dieser Entscheidungen beispielsweise die Sanierung der Hauptschule und sicher auch kleiner Dorfschulen nach hinten geschoben werden müssen. Der Bürgermeister sagt ganz deutlich, dass nach dieser Entscheidung weitere Spielräume quasi nicht mehr vorhanden sind. Also geht es auch um die immer wieder gerne vermiedene Frage, welche Prioritäten wir denn setzen. Jeder Haushalt, der, wie in unserem Fall, einen Einnahmeverlust von rund 30% zu verzeichnen hat, würde doch sicher nicht einen bewährten Standard, und unsere Schulen machen gute Arbeit, jetzt unbedingt anheben, auch wenn er im Sinne der Sozialdemokratie wünschenswert ist.

Neben dem Geld geht es aber auch um weitere, wichtige Fragen: Wenn die CDU als mögliches Argument für den Ganztags die demnächst entstehende Gesamtschule in Hückeswagen/Radevormwald anführt, dann entfällt offensichtlich aktuell diese Basis, denn in Radevormwald scheinen sich die Zweifel zu mehren. Wenn diese Gesamtschule nicht jetzt oder später entstehen sollte, ist das Argument des Standortwettbewerbs entfallen und wir müssten neu nachdenken. Weiterhin sind kaum Daten über mögliche Wanderbewegungen von Schülern bekannt. Es kann beispielsweise nicht sein, dass am Ende ein Großteil der Schüler des städtischen Gymnasiums wegen des Ganztags lieber zum St. Angela wechseln. Und überhaupt müssten wir nicht mehr im Sinne von Zusammenarbeit hier vor Ort denken. Die

zurückgehenden Schülerzahlen machen die Situation nicht leichter. Der Raumüberhang im Bereich der Schulen ist heute schon da. Kann man tatsächlich jetzt Neubau rechtfertigen und gibt es nicht doch alternative Lösungswege? Was passiert mittelfristig auf dem Mühlberg? Zuletzt ist auch die Landespolitik relevant, denn hier sind Entlastungen im Bereich des G8-Abiturs angekündigt. Wenn wir hier weniger in den Nachmittag müssen, lässt sich dann nicht anders agieren.

Wie gesagt, wir Grüne unterstützen grundsätzlich das Ziel des Ganztags. Wir stellen den Antrag, diese Entscheidung erst dann zu treffen, wenn die relevanten Daten vorliegen. Dies ist heute definitiv nicht der Fall. Bitte folgen Sie unserem Antrag dazu.

Abschließend bitte ich die Bürgerinnen und Bürger um mehr Interesse für die Verwendung Ihrer Steuergelder hier vor Ort. Kontrolle der Entscheidungsträger sind Kernelemente von Demokratie. Lassen Sie sich aber bitte nicht weismachen, dass die Flüchtlinge für diese Haushaltsschieflage verantwortlich sind. Die Gründe habe ich versucht aufzuzeigen. Vielen Dank.

**Haushaltsrede  
des Rats Herrn Josef Schnepfer (FDP)**

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

vor fast genau einem Jahr, nämlich in der Sitzung am 28. Januar 2014, hat dieser Stadtrat auf Antrag der FDP-Fraktion einen Beschluss zur **Haushaltskonsolidierung** gefasst, mit dem Ziel, ab dem Jahr 2015 keine Netto-Neuverschuldung im Haushalt mehr zuzulassen. Wie man sieht, sind wir von diesem Ziel weit entfernt.

Zwar konnten wir die **Investitionskredite** in 2014 per Saldo geringfügig um 0,6 Mio. € zurückführen, dafür haben sich aber die kurzfristigen **Kassenkredite** sprunghaft um 11,1 Mio. € auf 42,0 Mio. € erhöht. Im laufenden Jahr 2015 werden sie laut Haushaltsplan nochmal um 5,0 Mio. € auf dann 47,0 Mio. € steigen. Die **Gesamtverschuldung** der Stadt Wipperfürth erreicht damit einen Wert von 90,8 Mio. €. Das ist ein historischer Höchststand.

Hauptursachen für die dramatische Entwicklung sind auf der Einnahmenseite der Einbruch der **Gewerbesteuern**, die nach den guten Jahren 2012 und 2013 im letzten Jahr deutlich hinter den Erwartungswerten zurückblieben. Auf der Ausgabenseite sind es vor allem die deutlich gestiegenen **Kosten im Sozialbereich**, die den Haushalt mit über 7 Mio. € belasten werden. Hinzu kommen die großen Kostenblöcke Straßen- und Wegeunterhaltung mit rd. 4 Mio. € und Sportförderung mit immerhin 1,3 Mio. €. Das EvB-Gymnasium schlägt mit laufenden Kosten von rd. 1 Mio. € zu Buche. Zusätzlich sollen hier in den nächsten Jahren rd. 6 Mio. € für die Einführung des Ganztagsbetriebs investiert werden.

Das Projekt **Ganztags EvB-Gymnasium** muss nach Ansicht der FDP noch einmal überdacht werden. Selbstverständlich setzen wir Liberale uns für ein optimales Bildungsangebot ein, Bildung ist für uns eine vorrangige Aufgabe der Kommune. Aber ich frage: Warum müssen wir unbedingt einen verpflichtenden Nachmittagsunterricht einführen? Das bedeutet keine wirkliche Qualitätsverbesserung des Bildungsniveaus der Schule. Wir plädieren dagegen für ein **freiwilliges Nachmittagsangebot** nach dem Muster OGS. Das würde deutliche Kostenvorteile haben, sowohl was die Investitionen, als auch die laufenden Betriebskosten der Schule anbetrifft. Also: ich kann dem Vorschlag der Verwaltung in dieser Form und zu den veranschlagten Kosten nicht zustimmen.

Den vorliegenden Haushaltsentwurf werde ich jedoch mittragen unter der Maßgabe, dass die von den Fraktionen vorgeschlagenen Sperren und sonstigen Sparmaßnahmen im Wesentlichen so beschlossen werden. Ich denke, die **Sparvorschläge** sind vernünftig, ohne aber die Serviceleistungen der Stadt für ihre Bürger allzu sehr einzuschränken.

Um die Neuverschuldung jetzt so niedrig wie möglich zu halten, müssen wir leider auch eine Anpassung der **Grundsteuer B** von 413 auf 550 Punkte vornehmen. Ich denke, eine solche Entscheidung fällt niemandem hier im Rat leicht, denn sie trifft letztlich alle Bürger. Aber sie ist im Hinblick auf den nunmehr bis 2020 angestrebten Ausgleich des Haushalts notwendig. Immerhin liegen wir mit den neuen Hebesätzen noch unterhalb des Durchschnitts der oberbergischen Kommunen.

Als weiteren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung legt die **FDP** heute einen **Antrag** vor, durch den die Akquisition von **Fördermitteln** für städtische Investitionen angeregt werden soll. Damit könnten gezielt Finanzmittel für künftige Projekte beschafft werden, etwa für die Bereiche Infrastruktur, Verkehr, Innenstadt- und Dorferneuerung, Bildung, Kultur und Sport. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass es zahlreiche Fördertöpfe auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt, die bisher nur wenig genutzt werden. Dem wollen wir abhelfen, indem wir vorschlagen, eine Person innerhalb der Verwaltung oder extern zu beauftragen, sich gezielt um die Beschaffung von Förderzuschüssen zu kümmern.

Ein weiteres Thema, auf das ich ja jedes Jahr in dieser Stelle wieder zu sprechen komme, ist die Erhöhung unserer Steuereinnahmen durch **Schaffung** zusätzlicher **Arbeitsplätze** und damit die Anwerbung von Neubürgern. Wohlgedacht: Aktiven, steuerzahlenden Neubürgern, möglichst jungen Familien mit Kindern. Das ist nur möglich, wenn die Kommune neben einem hohen Freizeitwert, gutem Bildungsangebot auch attraktive Arbeitsplätze bietet. Die ersten beiden Faktoren sind in Wipperfürth gut erfüllt. Es muss jetzt dringend an der Entwicklung von **Gewerbeflächen** gearbeitet werden.

Die Bemühungen der Verwaltung in dieser Hinsicht waren in den letzten Jahren leider nicht sehr erfolgreich. Zum Thema Gewerbegebiete gibt es seit unserer Haushaltssitzung vor einem Jahr überhaupt keinen sichtbaren Fortschritt. Ich finde das außerordentlich bedauerlich, denn hier wird unsere Pflicht zur **Zukunftssicherung** sträflich vernachlässigt.

Lassen Sie mich noch einige Worte sagen zum dem aktuellen Thema, das uns als Wipperfürther Bürger zurzeit alle beschäftigt: Das **Integrierte Handlungskonzept** Innenstadt, das mit dem Spatenstich am 01. Dezember in die konkrete Umsetzungsphase getreten ist. Ich bin sehr froh darüber, dass das Vorhaben jetzt Gestalt annimmt. Während der Bauzeit wird es zum Teil erhebliche Einschränkungen für die betroffenen Anlieger geben. Das ist nicht zu vermeiden. Aber ich denke, in zwei Jahren, wenn die ersten Bauabschnitte fertig sind, werden wir mit dem Ergebnis zufrieden sein. Ein kleines Detail: Am Samstag hat der Stadtentwicklungsausschuss die neuen Pflasterbeläge ausgesucht, und ich kann bestätigen, dass eine gute Wahl getroffen wurde.

Ich finde es auch sehr gut, dass Rat und Verwaltung dem Wunsch der **Bürgerinitiative** nachgekommen sind, einige Details der neuen Verkehrsführung noch durch ein neutrales Ingenieurbüro überprüfen zu lassen. Das wird sicherlich die Akzeptanz dieses großen Projekts weiter erhöhen.

Hierfür und für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr ein herzlicher Dank an die Ratskollegen und die Verwaltung

## **1.5.2 Hebesatzsatzung 2015 und Erhöhung der Grundsteuer B**

Vorlage: V/2015/264

### **Beschluss:**

Die als Anlage\*) beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Hansestadt Wipperfürth (Hebesatzsatzung) für das Haushaltsjahr 2015 wird mit Wirkung ab dem 01. Januar 2015 beschlossen.

\*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

## **1.5.3 Einrichtung des gebundenen Ganztages am städtischen Engelbert-von-Berg-Gymnasium zum Schuljahr 2016/2017**

Vorlage: V/2014/233/1

### **Beschluss:**

1. Zum Schuljahr 2016/2017 wird am Engelbert-von-Berg Gymnasium der gebundene Ganztagsunterricht für den ersten Jahrgang eingerichtet.
2. Die erarbeitete Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Brochheuser Lüttinger sieht einen Neubau für die Mensa und das Selbstlernzentrum sowie Umbaumaßnahmen innerhalb des vorhandenen Gebäudebestandes im E.v.B.-Gymnasium vor und bildet die Grundlage für die notwendigen baulichen Voraussetzungen, um den gebundenen Ganztagsunterricht baulich umzusetzen.
3. Den Kosten für den Neubau in Höhe von max. 3,6 Mio. Euro, der sich auf die Jahre 2015 und 2016 verteilt, sowie den Kosten für den Umbau innerhalb des Gebäudes des E.v.B.-Gymnasiums in Höhe von insgesamt max. 2,3 Mio. Euro gestreckt auf sieben Jahre, Projektnummer 5100081, wird zugestimmt. Die Kosten für das Inventar in Höhe von max. 0,5 Mio. Euro werden zudem bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht, einen Architekten mit den Planungsleistungen zu beauftragen. Mit der Errichtung des neuen Gebäudes soll noch im Jahr 2015 begonnen werden, damit der Neubau zum Schuljahresbeginn 2016/2017 fertiggestellt ist. Die Umbaumaßnahmen innerhalb des vorhandenen Gebäudes des E.v.B.-Gymnasiums sollen ab dem Jahr 2015 starten und werden sich auf 7 Jahre strecken. *Die dafür notwendigen Ausführungstermine sind mit der Schulleitung zu erarbeiten und abzustimmen. Die Planungen für den Neubau der Schulmensa und des Selbstlernzentrums, sowie für die Umbaumaßnahmen im vorhandenen Gebäude sollen nur die Mindestanforderungen hinsichtlich eines funktionierenden Schulbetriebes erfüllen. Die Auftragsvergabe für beide Maßnahmen werden zugunsten des Bauausschusses, als begleitender Fachausschuss, gesperrt. Die Vergabe an einen Generalunternehmer für beide Maßnahmen ist zu prüfen und in die Planungen mit einzubeziehen.*

5. Die Verwaltung wird beauftragt, von Anfang an ein Kostencontrolling durchzuführen.
6. Es sind günstigere Ausführungsmöglichkeiten zu prüfen und der Politik vorzulegen.
7. Der Bauausschuss wird die Baumaßnahme als Fachausschuss begleiten.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

\*\*\*\*\*

RGM-Leiter **Klewinghaus** erklärt, es gebe bisher eine Machbarkeitsstudie und eine grobe Kostenschätzung. Ein in diesem Rahmen ausgearbeiteter Zeitrahmen gehe davon aus, dass die geplante Investition zum Schuljahrsbeginn 2016/2017 für den Schulbetrieb zur Verfügung steht. Es gebe bei der Planung Wege, die bei derartigen Maßnahmen eingehalten werden müssten. Das Regionale Gebäudemanagement versuche, so schnell wie möglich voran zu kommen. Er könne die Einhaltung dieses Zeitrahmens nicht garantieren, wenn wie gewünscht weitere Alternativen zu den vorliegenden Planungen mit der notwendigen Sorgfalt geprüft werden müssen. Ratsherr **Koppelberg** sieht diesen Zeitrahmen ebenfalls als nicht einhaltbar ein, zumal der Haushalt zunächst einmal genehmigt werden müsse.

Dem entgegnet Ratsherr **Scherkenbach** mit dem Hinweis, das Planungsbüro hätte doch bereits seit dem 19.11.2014, als der Fachausschuss seine Empfehlung ausgesprochen habe, weiter planen können.

Ratsherr **Mederlet** spricht sich für die Beschlussempfehlung des Fachausschusses (siehe aktualisierte Vorlage im Rahmen des I. Nachtrags zur Einladung) unter Einbeziehung der Ergänzungsvorschläge innerhalb des Änderungsantrags der CDU-Fraktion aus (siehe Anlage 4 innerhalb des II. Nachtrags bzw. der Tischvorlage).

Die Angelegenheit wird, insbesondere bezüglich der zeitlichen Aspekte, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 26.02.2014 behandelt.

### **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Vor der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Soziales lässt Bürgermeister **von Rekowski** über den Antrag der Grünen-Fraktion abstimmen, der als Anlage 5 ebenfalls Bestandteil des II. Nachtrags zur Einladung war. Dieser hatte zum Inhalt, dass der Rat die Sperrung der eingeplanten Haushaltsmittel (Investitionsplan) bezüglich der Einführung des Ganztagsunterrichts am Engelbert-von-Berg-Gymnasium zu Gunsten der im weiteren Verlauf des Entscheidungsprozesses zu beteiligenden Gremien (Rat, Ausschüsse u.a.) beschließt.

### **Beschluss:**

Der Änderungsantrag wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

\*\*\*\*\*

Anschließend lässt Bürgermeister **von Rekowski** über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Soziales (siehe I. Nachtrag zur Einladung) unter Einbeziehung des Änderungsantrags der CDU-Fraktion (siehe Anlage 4 im II. Nachtrag zur Einladung) abstimmen. Die in diesem Antrag enthaltenen Ergänzungsvorschläge sind im Beschluss (Ziffer 4) *kursiv* dargestellt.

**1.6 Anfragen** - keine -

**1.7 Anträge** - keine -

**1.8 Mitteilungen**

**1.8.1 Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2014**

Vorlage: M/2015/513

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

**2 Nichtöffentliche Sitzung**

---

Michael von Rekowski  
- Bürgermeister -

---

Reinhard Breuer  
- Schriftführer -